

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

Heute mit 28 Seiten

Die Massenmigrationswaffe

2

Ein Kesb-Opfer erzählt

16

Bürokratie verhindert Innovation

22

Lac d'Arbey, Evolène VS

Bild: Barbara Steinemann, Watt-Regensdorf ZH



Wie wehren wir uns?

Die Massenmigrationswaffe

von Isabel Villalon, Ingenieurin im Fach Maschinenbau mit Spezialgebiet Energie

Nun stehen sie wieder an einer Aussengrenze zur EU. Tausende von Männern im wehrfähigen Alter, viele mit primitivsten Ideen im Kopf, was Religion und Frauen betrifft – und in der Meinung, in Europa würden sie sowieso alles bezahlt bekommen und ein brandneuer BMW warte als Willkommensgeschenk auf sie.



Insbesondere Deutschland und die Schweiz können sich glücklich schätzen, dass die Horden dieses Mal an der polnischen Grenze stehen, denn Polen verfügt über eine Regierung, die sich nicht so schnell vor der Massenmigrationswaffe beugen wird. Mittlerweile ist es unter halbseidenen Diktatoren an den EU-Aussengrenzen Mode geworden, Mi-

grationsströme als Waffe einzusetzen, wenn sie politisch oder finanziell etwas erpressen wollen. Unlängst etwa liess der König von Marokko innerhalb von wenigen Tagen einfach zehntausend minderjährige Rabauken die spanischen Exklaven in Nordafrika überfluten. Wie jedes Mal eilte die EU zur Hilfe und sagte Millionen Hilfsgelder zu. Gelder, welche Marokko einerseits ins Militär steckt (Marokko ist gemäss nordamerikanischen Militäranalysten zur zweitstärksten Militärmacht nach der Nato im Mittelmeer geworden) und andererseits in den von Luxus und Verschwendung geprägten Haushalt des mittelalterlich-absolutistischen Herrschers.

Ein ertragreiches Spiel

Der König von Marokko an der Südflanke, der neotomanische Sultan Erdogan in Kleinasien und nun der autokratische Diktator Lukaschenko im kontinentalen Osten: Alle setzen Europa unter enormen Migrationsdruck, denn sie kennen die schwächlichen, von Sozialismus und Gutmenschenentum zersetzten europäischen

Spitzenpolitiker und die auf linken Moralismus basierenden westlichen Massenmedien, und – als Kirsche auf der Torte – den Migrationspapst Franziskus und seine Schlepperkähne finanzierenden Landeskirchen. Dieses Spiel ist zu einfach und zu ertragreich, um es nicht zu spielen.

Vom «Shitole» Frankreich zum «Shitole» Europa

Früher war Frankreich eine Art europäischer «Shithole». Ich kann mich gut erinnern, dass ich als junge Studentin gewarnt wurde, gewisse Viertel von Paris zu betreten. Die Magrebiner haben sich seither keinen Deut verändert, nur sind jetzt nicht mehr nur einzelne Viertel in Paris betroffen.

Mittlerweile degeneriert ganz Europa zu einem «Shithole» und es sind nicht nur Magrebiner. Die aus dem ganzen islamischen Kulturkreis immigrierten jungen Männer leisten ganze Arbeit: Berlin wird von kriminellen Libanesen-Clans regiert, die Niederlande leiden unter dem eisernen Griff der Mocro-Mafia (marokkanisches Verbrechersyndikat), sogar der Oranje-König sah sich veranlasst, gegen die Ermordung eines bekannten Journalisten durch die islamische Unterwelt zu protestieren. Brüssel, die europäische Hauptstadt, fungiert schon seit Jahren als Drehscheibe des Waffenhandels, wo sich die Banden und Verbrecher aus ganz Europa mit modernsten Waffen aus den ehemaligen Sowjetrepubliken versorgen. Der milliarden schwere Handel ist nun fest in der Hand von tschetschenischen und albanischen Mafiaorganisationen.

Bezahlt werden die Waffen mit Drogenlieferungen. Diese kommen auf verschiedenen Routen nach Europa. Wer kontrolliert diese Drogenströme? Es gibt zwei Hauptein-

BE Ehrensperger Partner
Vermögensverwaltung

**Negativzinsen!
Und jetzt?**

Ehrensperger Partner Vermögensverwaltung AG
Hamelirainstrasse 15 | CH-8302 Kloten
T +41 (0)44 815 59 01 | benno@ehrenspergerpartner.ch



ZANETTI

CH-7742 POSCHIAVO

Telefon 081 844 09 08

Telefax 081 844 10 20

Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

fallswege – die Paschtunen-Route, welche von Afghanen und Pakistani kontrolliert wird, sowie die Gibraltar-Route, kontrolliert von nordafrikanischen Verbrechern, und – stark im Aufwind – die bereits genannte Moco-Mafia, eine echte Bedrohung, da sie mittlerweile über Ableger in ganz Europa verfügt, von Malmö bis nach Málaga. Diese Grosskriminalität wird von den Franzosen «le grand banditisme» genannt.

Gefahr für Frauen

Die Bevölkerung in Europa leidet jedoch nicht nur unter der islamischen Grosskriminalität. Der Alltag in vielen europäischen Grossstädten, auch in der Schweiz am Beispiel Genf erkennbar, wird zunehmend aufgrund von kleinkriminellen Elementen aus dem islamischen Migrantenumfeld zum Spiessrutenlauf, insbesondere für Frauen. Seit dem Jahr 2015, dem ominösen Jahr in welchem Bundeskanzlerin Angela Merkel Deutschland mit 1,5 Millionen islamischen Migranten fluten liess, hat sich die Welt für Mädchen und Frauen insbesondere in Deutschland dramatisch verändert. Nachts allein nach Hause spazieren, das geht nicht mehr.

Ein neues, grässliches Phänomen hat seit den islamischen Einwanderungswellen in Europa eingeschlagen – die Gruppenvergewaltigungen. Mädchen und Frauen werden nun Opfer von Mehrfachvergewaltigungen durch islamische Migrantengruppen. Es ist keine Seltenheit, wie letzte Woche in Hamburg, dass ein jun-

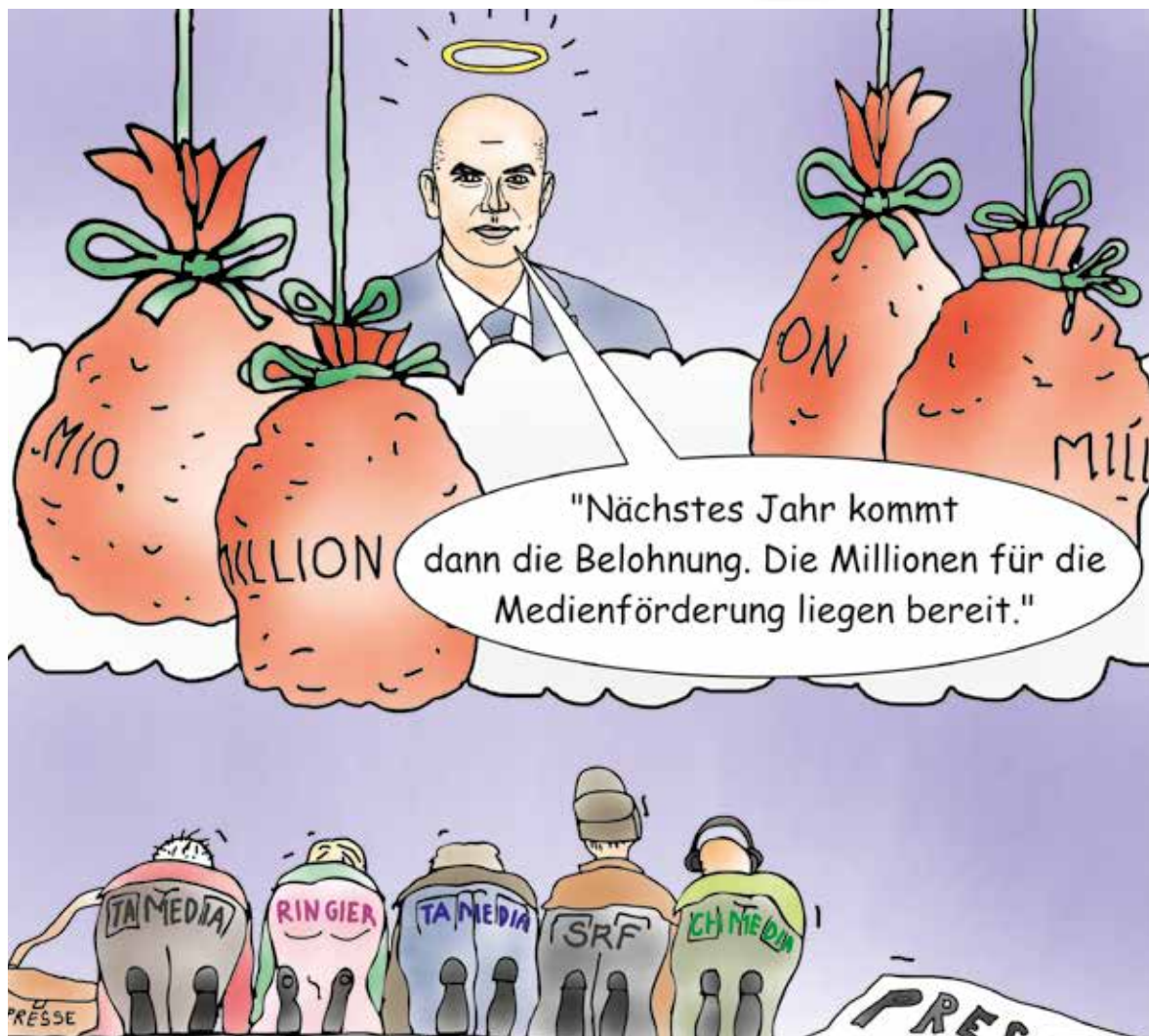


ges Mädchen (15 Jahre alt) von gleich zwölf solcher Bestien vergewaltigt wird. Dabei bevorzugen diese Typen vaginale wie anale Vergewaltigung, da dies in ihrem Kulturkreis äusserst beliebt ist, um die Frau zu erniedrigen. Die vergewaltigte Frau ist nach einer solchen Schandtat ein menschliches Wrack, emotional wie körperlich fürs Leben zerstört.

Fortsetzung auf Seite 5

Kritischer Journalismus heute...

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl





MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
 info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



KIDDY DOME



SWISS FAMILY CENTER

DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

Erstaunlich, dass solche Taten in den von links moralisierenden Journalisten wimmelnden Redaktionen möglichst unter den Teppich gekehrt werden. Gruppenvergewaltigungen in Europa sind nun an der Tagesordnung und keine Einzelfälle, wie uns die etablierten Massenmedien glaubhaft machen wollen. Die europäische Frau ist verdammt worden, die schwerste Bürde zu tragen. Sie ist das grösste Opfer der eingangs erwähnten Massenmigrationswaffe und wurde regelrecht auf dem Altar des idiotischen europäischen Gutmenschentums geopfert.

Wie wehren wir uns gegen die islamische Massenmigration?

Die Massenmigrationswaffe ist die gefährlichste Waffe überhaupt. Sie kann nicht mit herkömmlichen militärischen Mitteln bekämpft werden, da unsere Gesetze dies verhindern. Auch dürfen in den meisten europäischen Ländern Migranten nicht sofort ausgeschafft werden, langwierige legale Prozeduren müssen eingehalten werden. Die Herkunftsstaaten solcher Migranten sträuben und wehren sich ausserdem gegen die Auslieferung ihrer eigenen Staatsbürger und gestalten Rückführungen selten und teuer. Sie wissen warum: Je weiter weg das Gesindel ist, desto sicherer.

Wir können uns als Bürger wehren, indem wir Politiker und Richter wählen, die uns vor der Massenmigration aus dem Islam schützen. Ebenfalls müssen wir dafür sorgen, dass die Gefahren dieser Migration öffentlich gemacht werden. Und nicht zuletzt müssen unsere Kinder die Ernsthaftigkeit der Situation verstehen lernen, denn sie werden die zukünftigen Leidtragenden sein. Sie werden den vollen Umfang der Gefahr nicht verstehen, wenn wir ihre ethische und politische Erziehung irgendwelchen linksorientierten Gutmenschen-Pädagogen an den Schulen überlassen.

Darum gehören solche Themen an den Familientisch, je früher, desto besser. Nur eine vollkommen aufgeklärte Jugend wird uns vor den Schrecken einer Invasion aus dem islamischen Kulturkreis bewahren können – und an der Urne politische Exponenten wählen, die alles tun, um die Massenmigration zu stoppen.

Isabel Villalon

Ihr Inserat in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico

Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Bedrohung im Osten



Eine neue Welle illegaler Masseneinwanderung droht Westeuropa heimzusuchen. Ein einziges Land – Polen – nimmt Grenzschutz ernst, verhindert bis heute unter grosser Anstrengung die unkontrollierbare Überflutung aus dem Osten.

Dass der Potentat von Belarus als Antwort auf gegen ihn erlassene EU-Sanktionen die Migrantenströme begünstigt, war absehbar. Wieder einmal wird die EU an ihrer Aussengrenze auf die Probe gestellt.

Was tut Brüssel? Nichts! Die ebenso unfähige wie machtgierige Kommissions-Chefin Ursula von der Leyen sperrt Polen ihm zustehende EU-Gelder. Weil Polen sich Brüssels Diktat in kulturellen und rechtsstaatlichen Belangen nicht einfach unterwirft. Polen-Bestrafung ist der Brüsseler Mächtigen-Königin offensichtlich weit wichtiger als die Sicherung der europäischen Ost-Aussengrenze.

Immerhin fordert sie von den Schengen-Staaten die Aufstockung der Grenzschutzeinheiten – Frontex genannt. Die Forderung richtet sich auch an die Schweiz. Denn auch Bundesbern hat sich dem Schengen-Regime unterstellt.



Würde der Bundesrat gegenüber Brüssel selbstbewusst handeln und nicht schweigend kriechen, müsste er Brüssels Frontex-Forderung mit einer überfälligen Gegenforderung begegnen: Brüssel habe im Dienst des Grenzschutzes alle Schikanen, jegliche finanzielle Erpressung gegenüber Polen sofort zu widerrufen. Polen trägt – für ganz Europa – die Hauptlast der Grenzsicherung. Polen darf im Interesse aller Staaten Europas nicht geschwächt, müsste vielmehr im Blick auf die Bewältigung der schwierigen Lage an der Ostgrenze gestärkt und unterstützt werden. Würde dies spürbar geschehen, müsste Lukaschenko in Minsk die Aussichtslosigkeit seines Kalküls einsehen, die Masseneinwanderung als Waffe gegen Westeuropa einzusetzen. Bleibt diese Grenze geschlossen, müsste sich Lukaschenko selber mit den importierten Migrantenströmen auseinandersetzen, nicht die EU. Das wäre heilsam.

Ob die eitle Dame zu Brüssel wenigstens einmal die elementaren Bedürfnisse Europas über ihre eigene Geltungssucht zu stellen bereit ist? Ob Bundesbern angesichts der offensichtlichen Bedrohung aus dem Osten wenigstens einmal gegenüber Brüssel zu kämpfen statt zu kriechen bereit ist?

Ulrich Schlier



Festliche Arrangements für besondere Feiertage

Ob Weihnachten oder Silvester:
Geniessen Sie besinnliche
Stunden im Appenzeller Land
mit authentischer Küche und
erholsamen Wellness-Momenten.

Weitere Informationen und Buchung:
baeren-gonten.ch/schlafen/specials/



BÄREN
GONTEN | APPENZELL



Boutique Hotel Bären Gonten AG | Dorfstrasse 40 | 9108 Gonten AI, Switzerland
T +41 71 795 40 10 | www.baeren-gonten.ch

True Crime «Schweizerzeit»

«2 Kosovaren schlitzten 1 Schweizer auf»

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Vor mehr als zehn Jahren schlitzte ein Kosovare einen Schwinger auf. Doch nicht nur die beiden Kriminellen wurden bestraft, sondern auch die SVP, welche die Bluttat publik gemacht hatte.



Mitte August 2011: Die Schwinger-Freunde Roland und Karl geniessen ein sommerliches Feierabendbier auf der Gartenterrasse des Restaurants Waldrand in Interlaken BE. Plötzlich steigen aus einem Taxi zwei Kosovaren und fangen an, die zwei Eidgenossen anzupöbeln. Sie rufen: «Scheiss-Schweizer! Dreckpack!»

Blutbad am Waldrand

Wir befinden uns in einer Zeit, wo Diskussionen um Ausländerkriminalität in der Politik intensiv geführt werden – womöglich sind die beiden Kosovaren deshalb aufgehetzt und blutdurstig. Der zwölffache Kranzschwinger, Landwirt und SVP-Politiker Karl fragt: «Was soll das?» und tut so, als wolle er die angreifenden Kosovaren mit seinem Bier anspritzen. Da zückt einer der Kosovaren sein Messer und schlitzt Karl die Kehle auf, dass das Blut nur so spritzt. Statt zurück auf die Alp muss Karl auf die Intensivstation, die Ärzte im Spital Interlaken kämpfen um sein Leben. Die Empörung über die furchtbare Bluttat ist gross. Die SVP schaltet ein Inserat mit dem Titel «Kosovaren schlitzten Schweizer auf», welches für die Unterstützung der Volksinitiative «Masseneinwanderung stoppen!» wirbt.

Angriff auf die Meinungsäusserungsfreiheit



Das genesene Opfer in der Berner Zeitung vom 5.10.2012

Doch gewisse Kreise stören sich nicht daran, dass Leute, nur weil sie Schweizer sind, am helllichten Tag abgestochen werden, sondern dass darauf aufmerksam gemacht wird. Es gehen Strafanzeigen wegen Rassendiskriminierung gegen Toni Brunner, Christoph Blocher, Adrian Amstutz und Caspar Baader und andere ein. Obwohl das Inserat klar zeigt, dass sich

die Schlagzeile «Kosovaren schlitzten Schweizer auf» auf den überall bekannten Schlitzer-Fall bezieht, findet das Bundesgericht, das sei rassendiskriminierend. Denn man hätte «2 Kosovaren schlitzten 1 Schweizer auf» schreiben müssen. Und so werden der damalige

SVP-Generalsekretär Martin Baltisser und seine Stellvertreterin Silvia Bär verurteilt. Der Angriff auf die Meinungsäusserungsfreiheit kommt zustande, weil beim Bundesgericht drei Richter von SP, Grünen und CVP zwei der SVP überstimmt haben.

Abstimmung ungültig?

Damit nicht genug: Im Februar 2014 wird die SVP-Initiative gegen Masseneinwanderung angenommen. Der Anwalt der beiden Kosovaren reicht deshalb eine Abstimmungsbeschwerde beim Bundesgericht ein: Stelle das «Schlitzer»-Inserat eine Rassendiskriminierung dar, sei das knappe Abstimmungsergebnis mit diesem Inserat verfälscht worden. Der Urnengang müsse demnach wiederholt werden. Experten räumen der Beschwerde keine Aussicht auf Erfolg ein. Doch Ex-Bundesrichter Giuseppe Nay, der in den Medien immer wieder Platz für seine absonderlichen Voten gegen die SVP erhält, sieht das wie immer anders. Er findet die Abstimmungsbeschwerde «legitim». Abgelehnt wird sie trotzdem.

Sieben Jahre

Zurück zum Haupttäter, dem «Schlitzer». Dieser hat offenbar kein Geld, um seinen Anwalt zu zahlen, daher wird dieser vom Staat finanziert. Er kann aber angesichts der Brutalität der Tat nicht viel ausrichten. Der Kosovare erhält sieben Jahre.

Die Schweiz ist seither eine andere geworden. Nicht weil Schweizer nicht mehr aufgeschlitzt werden, sondern, weil darüber nicht mehr berichtet werden darf.

Hermann Lei

Churz & Bündig

Der «Uno-Sonderberichterstatler für Folter» kritisiert scharf den Umgang von Schweizer Gefängnisaufsehern mit dem Straftäter Brian alias Carlos, der schon so manchen Aufseher tätlich massiv angegriffen und teils erheblich verletzt hat. Der Kuschleinheiten anstatt Strafvollzug fordernde Uno-Funktionär müsste, so meinen wir, endlich erhört werden – indem man ihm Brian mitgibt als ständigen Begleiter. Vielleicht käme der Uno-Theoretiker dann endlich einmal an in der realen Welt.

us

Leserbrieife

Trauerspiel beenden

Seit Beginn der Corona-Krise wird gewurstelt. Unser verantwortlicher Bundesrat hat sich keine Sekunde an die von seinem Departement erarbeiteten Vorgaben, die im Pandemieplan 2018 fein säuberlich dokumentiert sind, gehalten. Lesen Sie auf der homepage des Bundesamtes für Gesundheit den nach wie vor gültigen, aber total ignorierten Plan. Dort ist das one voice-Prinzip, die Führung durch den Bundesstab für Bevölkerungsschutz, die Schaffung zusätzlicher Bettenkapazitäten und personeller Ressourcen in Spitälern, die Vorrathaltung von Masken und dergleichen klar festgehalten. Nichts wurde in diesem Sinne gehandhabt. Stattdessen wurde eine Angstkampagne entfacht, und sie wird weiter gepflegt. Dem muss nun dringend Einhalt geboten werden, indem das Covid-19-Gesetz am 28. November abgelehnt wird. Nur so kann dieses unerträgliche Trauerspiel beendet werden.

Jürg Kaufmann, Rüdlingen SH

Die gefährdete Schweiz

Das Trio infernale von Links, Grün und Feminismus ist hartnäckig dabei, die Schweiz umzupflügen, sodass unser Land in zehn bis zwanzig Jahren nicht mehr zu erkennen sein wird, zumal noch der stete Druck des Auslandes auf ihm lastet – seitens einer arroganten EU (Einverleibung in Raten), sowie seitens der nach links abdriftenden USA (Steuerharmonisierung via OECD). Die Grünen sind beflissen, die Schweiz, welche punkto Klima völlig unbedeutend ist, mit Vorschriften zu kastrieren, die Linken sehen das Heil in immer mehr Staat statt in mehr Eigenverantwortung. Und die Feministinnen wollen an die Macht – weg von Kindbett und Küche, zugunsten von Himesofty-Männern. Schon heute ist die Pro Kopf-Produktivität der Schweiz stagnierend bis sinkend, dank immer mehr Sozialhilfeempfängern und Wirtschaftsflüchtlingen. Es ist höchste Zeit zur Rückkehr zur soliden, freiheitlichen, direktdemokratischen, souveränen Schweiz!

Hans-Martin Wildi, Binningen BL

Kompliment für «Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik»

Ich danke Hans Fehr herzlich für seine oft amüsanten aber auch nachdenklich stimmenden Reminiszenzen und spreche ihm mein grosses Kompliment dafür aus. Mir als älterem Menschen werden viele historische Versäumnisse wehmütig, dafür wach in Erinnerung gerufen. Fehr und seine Mitstreiter haben seinerzeit alle möglichen politischen Mittel eingesetzt, um dem nihilistischen, zerstörerischen linken Geist Einhalt zu gebieten, und sie beweisen damit die stets gültige Tatsache, dass jede Generation um die Idee der Freiheit für das Individuum kämpfen muss. Mögen seine zukünftigen Publikationen mit historischem Charakter Interesse und Nachahmung bei der jüngeren Generation finden – ich freue mich darauf!

Caspar Rutz-Rüegg, Winterthur

Covid-Grundsätze

Der Standpunkt der Schweizerzeit

- Die Impfung gegen Covid-19 ist zweifellos mit gewissen Risiken verbunden.
- Aber auch der Verzicht auf die Impfung beinhaltet Risiken.
- Risikofreie Existenz wurde dem Menschen nie zugesichert – kann ihm auch heute nicht garantiert werden.
- Also muss Jede und Jeder aufgrund seiner persönlichen Situation abwägen, wie er sich bezüglich der Covid-19-Impfung entscheidet.
- Er entscheidet frei und in Kenntnis der Risiken, die von seinem Entscheid pro oder contra Impfung ausgehen.
- Für den getroffenen Entscheid hat sich niemand zu rechtfertigen.
- Und keine staatliche Instanz darf sich anmassen, jemanden für den von ihm getroffenen Entscheid, wie immer dieser ausgefallen ist, zu diskriminieren.

*

Und für die Lage jetzt und heute muss gelten:

- Aktionen gegen Veranstalter, Gaststättenbesitzer usw., die sich um des Überlebens ihres Betriebs, ihrer Firma oder Organisation willen obrigkeitlich erlassenen Zertifizierungs-Auflagen unterziehen müssen, bringen nichts.
- Alle Anstrengungen sind derzeit vielmehr darauf zu konzentrieren, am 28. November 2021 das Covid-19-Gesetz endgültig zu Fall zu bringen – auf dass Freiheit und Selbstverantwortung in der Schweiz wieder gelten, so wie sie gemäss Bundesverfassung jedem Bürger und jeder Bürgerin gewährleistet sind.

Stromknappheit und Zuwanderung

Nach dem Krieg hat die Schweiz jede Knappheit durch Einwanderung «beseitigt». Ich habe die Verdoppelung der Einwohner selbst erlebt. Wer jetzt auf die Welt kommt, kann also voraussichtlich eine Schweiz mit dereinst gegen zwanzig Millionen Einwohnern erleben. Zwar kann die gegenwärtige Bevölkerung mit dem Ausbau des Solarstroms gerade noch ausreichend versorgt werden. Bei über 15 Millionen geht aber ohne Atomkraftwerke gar nichts mehr.

Thomas Schibli, Bern

Wie lange kann das so weitergehen?

Die Schweiz ist eines der am dichtesten besiedelten Länder Europas. Vor allem «dank» der Personenfreizügigkeit kommen jährlich 50'000 bis 70'000 Zuwanderer neu ins Land. Wir haben die höchste Pro Kopf-Zuwanderung in Europa und mit 25 Prozent (steigend!) einen der höchsten Ausländeranteile – obwohl wir jährlich zwischen 30'000 und 40'000 Ausländer einbürgern. Meine brennende Frage: Wie lange kann das so weitergehen?

Willy Brauen, Flamatt FR

Michael Trachsel hat seine Arbeit aufgenommen

Willkommen bei der Schweizerzeit!

Dass Michael Trachsel (geb. 1980) am 1. November zur Schweizerzeit stossen werde, haben wir den Abonnenten bereits im vergangenen Juni mitgeteilt.



Mit seinem Eintritt erfährt die Stossrichtung der Schweizerzeit eine markante Verstärkung: Als politischer Projektleiter wird Michael Trachsel all jene Kampagnen und Aktionen leiten, welche die Schweizerzeit als Ergänzung zu ihrer publizistischen Tätigkeit fortan vermehrt aufziehen will. Damit entspricht die Schweizerzeit dem ihr gegenüber vielfach geäusserten Wunsch, träfen Formulierungen und überzeugend formulierten Standpunkten vermehrt konkrete Taten, gezielte Aktionen und Kampagnen folgen zu lassen.

Michael Trachsel hat bereits das Heft in die Hand genommen bezüglich der staatsbürgerlich-freiheitlich orientierten Schweizerzeit-Kampagne gegen die Covid-

19-Regulierungen. Seiner Verantwortung unterstehen auch Planung und Umsetzung der Schweizerzeit-Kampagne gegen das Medienförderungsgesetz, mit dem der Bund massive Subventionierung der (keineswegs am Hungertuch nagenden) Verlage der grossen Zeitungen einleiten will – «Hofberichterstattung» soll belohnt werden.

Wir freuen uns auf fruchtbare Zusammenarbeit mit Michael Trachsel. Sie wird das politische Profil der Schweizerzeit schärfen durch Lancierung gezielter Kampagnen.

Ulrich Schlüer, Verlagsleiter



Bundesrat «verbietet» Journalistenfragen



Rhetorische Frage: «Was hat der geniale Mathematiker der Antike, Archimedes, mit dem Schweizer Bundesrat gemein?» Meine Antwort: Feudalismus-Gehabe in unpopulärster Form.

Bei Archimedes endete es nicht in Minne. Ein Fragensteller, den er harsch abwies, erschlug ihn an

Ort und Stelle. Und der Bundesrat in corpore? Sein aktuelles Handeln zum Bundeshaus-Pressewesen lässt erschreckt aufhorchen. Die neuste bundesrätliche Weisung an akkreditierte Bundeshausjournalisten (und andere) lautet nämlich: «Im Anschluss an Medienkonferenzen ist künftig keine weitere Fragenstellung an die Magistraten mehr erlaubt.» Punktum!

Begründung: Es sei den sich in schierer Selbstaufopferung unermüdlich abmühenden Bundesräten nicht zuzumuten, Rede und Antwort zu stehen zu den eigenen Beschlüssen. Und es folgt die skurril-zynische Bemerkung: Redaktorinnen und Redaktoren, eingebunden in die Pflicht zu faktengetreuer Berichterstattung im Dienste der Magistraten, sollten sich bei Informationslücken aufgrund der Antwortverweigerung der Bundesräte, einfach der Video- und Audioaufnahmen von Kollegen bedienen. Das ist neu: Freudvoll überlässt der Medienprofi der Konkurrenz sein Recherchemate-

rial zur freien Verwendung nach Motto: «Edel sei der Mensch, hilfreich und gut!»

O heilige Unschuld! Solcher Nonsens gemahnt an ein ehemaliges Pressemeeting mit Albions «geistvollstem» Protagonisten, Prinz Charles, in Davos. Im Vorfeld wurden an die Presseleute Zettelchen verteilt, versehen mit dem Konterfei des Hochwohlgeborenen: «Sprechen Sie «His Royal Highness» nicht an. Bewegen Sie sich nicht in seine Richtung. Vermeiden Sie aufdringlichen Blickkontakt. Ihre königliche Hoheit wird zu Ihnen sprechen, nicht umgekehrt. Stellen Sie keine Fragen. Lächeln Sie nicht unmotiviert!»

Da bestand nie Gefahr: Dem Zeitungsmann mit Selbstachtung ging angesichts solcher Vorgaben jeder Humor bachab. Man fragt sich aber, was nun der Schweizer Bundesrat mit ähnlich klingenden Weisungen an die Presse bezweckt? Sollen derart exaltierte Feudalherren-Allüren den gemeinen Plebs vom Olymp der Polit-Götter fernhalten? Oder antworten sie nicht, weil sie keine Antwort haben? Der Aphorismus besagt: «Es zeugt von politischer Kultur, wenn die hohe Politik eingesteht, vieles nicht zu wissen!»

So betrachtet stehen wir ja unter exzellenter politischer Führung.

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

1111

METER ÜBER MEER
DIREKT AN DER SKIPISTE

TOP

PAUSCHAL ANGEBOTE
AUCH MIT DEM TOP-4 SKIPASS

ski in & out

Fam. Grossniklaus
Aspen 1
CH-3818 GrindelwaldASPEN
alpin_lifestyle_hotel
GrindelwaldTel. +41 33 854 40 00
info@hotel-aspen.ch
www.hotel-aspen.ch

Eiger Express

INMITTEN DER
NEUEN V-BAHN

Männlichenbahn

Brüssels herrisch vorgetragener Anspruch, dem EU-Gerichtshof die oberste, von keinem EU-Mitgliedstaat anfechtbare Rechtshoheit einzuräumen, wird von Polen offen bestritten.

Das höchste Gericht Polens, das Verfassungsgericht dieses EU-Mitgliedstaats, hat unter Berufung auf Polens Verfassung dem EU-Gerichtshof den Vorrang vor dem in Polen gültigen Landesrecht abgesprochen.



Insbesondere in Fragen der Landeskultur könne von Polen die Unterwerfung unter EU-Recht nicht einfach dekretiert werden. Brüssel reagiert auf diesen Entscheid höchst aufgebracht. Ursula von der Leyen, EU-Kommissionspräsidentin, will Polen Millionenbeiträge sperren: Brüssels Befehlsgewalt lasse landesrechtliche Sonderzüge keinesfalls zu.

In den Medien wirft Polens Beharrung auf rechtlicher Eigenständigkeit hohe Wellen. Allerdings dominiert Parteinahme, nicht Berichterstattung. Die Schweizer Medien stehen vorbehaltlos auf Seiten umfassender Zentralisierung allen Rechts bei der EU – wohl auch, weil der Rahmenvertrag zwischen der Schweiz und der EU genau an diesem EU-Anspruch auf Zentralisierung aller Rechtskompetenz in Brüssel gescheitert ist – zum grossen Leidwesen der stur auf Brüssel ausgerichteten Schweizer Medien.

Die Rechtslage

Auch in der EU entwickelt sich der unbedingte Anspruch Brüssels, oberste Rechtsinstanz in Europa zu sein, zur Zerreihsprobe. So klar, wie die grossen Medien unisono behaupten, ist die Lage keineswegs. Dies illustriert die Tatsache, dass die Europäische Union bis heute nicht bereit ist, die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) anzuerkennen, obwohl alle EU-Mitgliedstaaten diese Konvention

gleich wie die Schweiz längst ratifiziert haben. Brüssel verweigert dies, weil die Unterschrift unter diese Konvention die EU verpflichten würde, die Oberhoheit des Strassburger Gerichtshofs für Menschenrechte in Menschenrechtsfragen anzuerkennen. Das verweigert Brüssel: Die EU will unter keinen Umständen ein Nicht-EU-Gericht als höchste Rechtsinstanz auch nur in einem Teilaspekt des Rechtswesens anerkennen.

Daraus ergibt sich ein Zwiespalt: Kann Brüssel, das die EMRK nicht anerkennt, in Menschenrechtsfragen oberste Rechtshoheit für sich in Anspruch nehmen gegenüber EU-Mitgliedstaaten, welche die EMRK anerkennen und damit dem Gerichtshof für Menschenrechte oberste Rechtshoheit in Menschenrechtsfragen einräumen? Für Brüssel kommt Macht vor Recht – eine Haltung, der sich Polen offensichtlich nicht unterwerfen will.

Polen

Der Stabilitätspakt

Macht vor Recht: Das gilt in Brüssel keineswegs bloss in Menschenrechtsfragen. In der EU ist – wenigstens auf dem Papier – noch immer jener Stabilitätspakt in Kraft, der die finanzielle Zerrüttung des Euro-Raums verhindern sollte. Diesen Pakt hat Brüssel, als sich der Euro als marktuntauglich erwies, längst zur Makulatur verkommen lassen. Alle in diesem Pakt als verbindliches Recht festgeschriebenen Regeln, welche den Euro-Raum vor Überschuldung bewahren sollten, hat Brüssel angeführt von Deutschland und Frankreich längst vorsätzlich gebrochen – ohne die Mitgliedländer (und nicht bloss deren Eliten) auch nur zu konsultieren.

Was Brüssel unternimmt, um den Euro am Leben zu erhalten, hat mit verbrieftem EU-Recht seit Jahren nichts mehr zu tun. Woche für Woche Milliarden an neuem Geld zu produzieren, mit dem die Europäische Zentralbank wertlose Staatspapiere faktisch bankrotter EU-Südländer zu deren fiktivem Nominalwert aufkauft, wird durch keinerlei EU-Recht auch nur annähernd gestützt.

In Brüssel gilt Macht vor Recht. Der tägliche Rechtsbruch mit unwägbaren Konsequenzen für die Bevölkerungen aller EU-Staaten – das kümmert Brüssel seit Jahren nicht mehr. Zur Rettung faktisch konkursiter Staaten im EU-Süden hat Brüssel für ganz Europa Null- und Negativzinsen – also die skrupellose Beraubung aller Sparer – an allen demokratischen Regeln vorbei diktiert und durchgesetzt.

Ist denn, wer Rechtshoheit für sich beansprucht, nicht mehr an verbrieftes Recht gebunden? Wem an intakten Rechtsverhältnissen, an rechtsstaatlich verbindlichen Regeln liegt, der müsste dem Widerstand der Polen gegen die Zerrüttung des Rechts in Europa eigentlich applaudieren.

Gedankensplitter Hans Krause (5)

Wie schaffen wir das?

- Anstelle von Erdöl (Benzin, Diesel, Heizöl) soll Energie von Sonne, Wind, Erdwärme und Biomasse treten.
- Statt Ölbrenner nunmehr Wärmepumpen, statt Benzin- und Dieselmotor nunmehr Elektroantrieb.
- Alte Elektrogeräte durch sparsamere ersetzen.

Was bedeutet das konkret für den zukünftigen Strombedarf?

Lex Netflix: Gaht's no?

EU greift erneut unsere Freiheit an

von Samuel Hasler, Junge SVP, Buchs AG

Das Parlament greift erneut in die Freiheiten der Konsumenten und Unternehmen ein. Diesmal mit dem neuen Filmgesetz, der «Lex Netflix», welches eine neue Sondersteuer vorsieht, uns Brüsseler Heimatschutz aufzwingt und die SRG weiter stärkt. Mit der Ergreifung des Referendums hat der Kampf um das Gesetz aus dem Departement von Alain Berset begonnen.



Konsumenten und Unternehmen in der Schweiz.

In der letzten Herbstsession hat das Parlament die neue Kulturbotschaft mit dem revidierten Filmgesetz verabschiedet. Ein Gesetz aus der sozialistischen Teufelsküche: Man nehme den Regulierungsdrang der EU, füge eine Prise europäischen Heimatschutz hinzu und erfinde eine neue Steuer. Heraus kommt das neue Filmgesetz – ein massiver Angriff auf die

Wer ist betroffen? Wir alle!

Das Gesetz greift sämtliche Privatunternehmen an, welche im Internet oder im Fernsehen Filme und Serien zeigen. Anbieter wie Netflix, Disney+ oder auch Amazon Prime bieten Filme und Serien im Internet an. Gegen eine Gebühr kann der Konsument seine Lieblingsfilme und Serien jederzeit abrufen. Es ist das Fernsehen der Jugend.

Diese Privatunternehmen, aber auch alle privaten TV-Sender, werden nun mit einer neuen Steuer bestraft. In Zukunft müssen sie mindestens vier Prozent ihres Umsatzes an die Schweizer Filmförderung abgeben. Was nach wenig klingt, ist in Wahrheit sehr viel. Denn private TV-Sender erwirtschaften einen Gewinn von etwa fünf Prozent. Vier Prozent müssen sie nun abgeben – umgerechnet eine Gewinnsteuer von achtzig Prozent! Sozialismus in Reinkultur! Es ist zugleich eine Sondersteuer für Unternehmen, welche sich in den letzten Jahren erfolgreich neben dem Staatsmedium SRG positionieren konnten. Diese Unternehmen möchte der Staat nun melken: Wir alle werden mit höheren Abo-Gebühren und längeren Werbeblöcken im TV bestraft. Nur die SRG ist von dieser Sondersteuer befreit. Zusätzlich zur neuen Steuer wird auch das Onlineangebot reguliert. Die Anbieter werden gezwungen, dreissig Prozent ihrer Inhalte mit Filmen und Serien aus «Europa» zu füllen. Wer hat's erfunden? Die EU! Sie möchte den europäischen Heimatschutz stärken und uns vorschreiben, was wir zu konsumieren haben.

Schweizer Filmförderung – ein Sanierungsfall?

Das neue Gesetz will den Filmstandort Schweiz stärken und sich gegenüber den grossen Produzenten aus Hollywood behaupten. Ein realistisches Ziel? Wohl eher ein Wunschdenken der linken Filmgenossen. Bereits heute profitiert der Schweizer Film von 150 Millionen Franken Förderungsgeldern. Durch das neue Gesetz werden zusätzlich dreissig Millionen in den Topf geworfen. Wird

der Schweizer Film dadurch wirklich besser? Nein, er wird nur teurer. Das Problem ist nämlich nicht das Geld, sondern die Förderung an sich. Aktuell unterstützt der Staat Projekte, welche sich nicht am Markt orientieren, wofür es schlicht an interessierten Konsumenten fehlt. Beispiele gibt es genügend – ein aktuelles aus dem Jahre 2018/19 ist der Film «Ceux qui travaillent». Er wurde mit über einer Million Franken unterstützt und erhielt 2019 den Schweizer Filmpreis in der Kategorie «bester Spielfilm», «bestes Drehbuch» und «beste Darstellung in einer Nebenrolle». Kennen Sie ihn? Ich auch nicht. Kein Wunder: Er brachte nur 4'700 Besucherinnen und Besucher ins Kino. Somit haben wir Steuerzahler jedem Kinobesucher den Eintritt mit rund 220 Franken subventioniert. Das ist kein Einzelfall, sondern eher die Regel.

Nein zu noch mehr Bevormundung

Der erneute Angriff auf die Freiheit der Unternehmen und Konsumenten ist für unsere Allianz nicht tolerierbar. Daher haben sich die Junge SVP, die Jungfreisinnigen und die Jungen Grünliberalen zusammengeschlossen. Gemeinsam haben wir das Referendum ergriffen, um das Gesetz an die Urne zu bringen. Hierzu benötigen wir bis Anfang Januar insgesamt 50'000 Unterschriften. Ein ehrgeiziges Unterfangen, wozu wir Ihre Unterstützung benötigen.

Unsere Bitte: Unterschreiben Sie den Referendumsbogen und senden Sie ihn an uns zurück. Bestellen Sie weitere Bögen unter www.filmsteuer-nein.ch und fordern Sie Freunde, Verwandte und Bekannte zum Unterschreiben auf. Nur gemeinsam können wir dieses Gesetz zu Fall bringen. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Samuel Hasler



Geschenkgutscheine
à Fr. 250.– mit Fr. 50.– Rabatt

Sind auch gültig für Spezial-Angebote

Kopiererpapier
Sensationelle
Fr. 3.90

500 Blatt, exkl. MWSt. + Versand bar (10 P. = 10.–)

OCoTex AG – 041 799 50 00



Das Büro Ha deckt auf!

Amtsdeutsch «**Strommangel**», bzw. der «crash» ist jetzt endlich ein Thema in Bern. Nachdem wir schon seit Jahren darüber schreiben. Mit Quartier-Kraftwerken (mit Gas!) will der Bundesrat bei einer «Stromversorgungs-lücke» über die Runden kommen. Dann Industrie und Private zum Stromsparen «anregen», dann Energie kontingentieren und den Verbrauchern mitteilen, dass es noch eine Weile dauert. Ja, liebe Ahnungslose, wo denn noch sparen, wenn bereits nichts mehr geht? Die Gas- und Ölvorräte reichen für max. zwei bis drei Tage, alles fällt aus, nichts geht mehr! Auch die Türen zum Coop und zur Migros sind geschlossen. Einkaufen unmöglich. Nur Bares ist dann Wahres! Die Diesel-Aggregate laufen solange, wie der «Sprit» reicht. Dann ist Schluss. Nachschub ist auch nicht möglich, weil die Tankstellen geschlossen sind.

Man sieht wieder einmal: In Bern hat man keine Vorstellung davon, was bei einem Blackout wirklich geschieht. Da sind die Österreicher und Slowenen schon wesentlich weiter. Und über Schutz und Sicherheit gegen Plünderungen spricht auch niemand. Die Armee aufbieten? Mit sms oder über Whats App? Wenn nichts mehr geht? Wie weiland Gottfried Keller sagte, hilft da nur eines: Selber zum Rechten sehen.

*

Es ist unglaublich, mit welcher Naivität die Politik und Armeeführung die **Sicherheitslage** beurteilt. Rundherum sind Konflikte am Schwelen. Aber man ist mit «Corona» und Anzahl Spritzen beschäftigt – die perfekte Tarnung und Ablenkung. Und «eine mögliche Stromknappheit» ist gemäss Bundesrat erst ab 2025 denkbar. Grossartig wird seit Jahren von «Hybrider Kriegführung» geschwafelt. Aber konkrete Massnahmen sind nicht in Sicht. Kriegstauglichkeit? Fehlanzeige. Die öffentliche Meinung wird schon seit Jahren gezielt beeinflusst. Mit dem Klimageschwätz wird abgelenkt.

*

Der Muezzin von Köln darf nun einmal wöchentlich zum Gebet rufen – jeweils für fünf Minuten, am Freitag zwischen 15.00 und 17.00 Uhr, und er darf nicht zu laut sein. Für die Frau Oberbürgermeisterin (OB) Reker ist das ein Zeichen der «Freiheit und Vielfalt». Und wir beschweren uns über Kuhglocken und Kirchenglocken. Nachtrag zu Frau OB Reker: Sie hat nach den massenhaften sexuellen Übergriffen am Kölner Silvester 2015/2016 die Frauen aufgerufen, «eine Armlänge Abstand» zu halten. Das Gehabe der «Armlängen-Armeleuchte» ist an Naivität nicht zu überbieten. Übrigens gibt es in Deutschland 900 türkische Moscheen

Tis Hagmann



Vins Précieux

H. J. Senn S.A.

CH-8703 ERLNBACH

www.vinsprecieux.ch

044 910 41 61

seit 40 Jahren



Herausragende Weine

Exzellente
Grand Cru Champagner
zu vernünftigen Preisen

Auserlesene
rote und weisse
Burgunder Weine

Erstaunliche Weine
vom Kap der
Guten Hoffnung

Gesellschaft spalten?

Nicht mit uns!

Der Bundesrat hat uns am 25. März dieses Jahres versprochen:

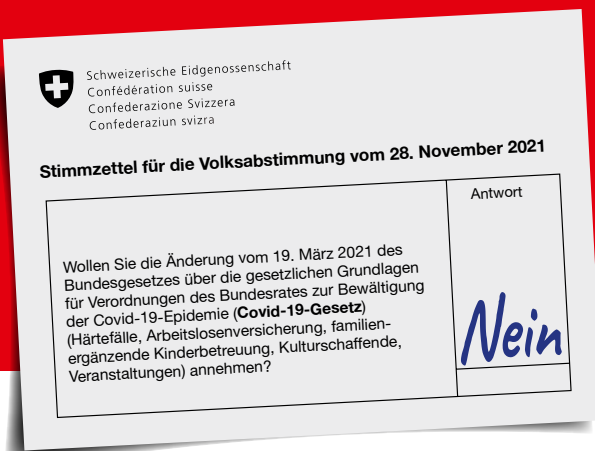
«Wenn bis im Juli 2021 alle Impfwilligen geimpft sind, braucht es keine Massnahmen mehr.»

Doch das Gegenteil ist passiert! Und mit dem neuen Covid-19-Gesetz will der Bundesrat nochmals weitere Verschärfungen einführen!

Deshalb müssen jetzt wir Bürgerinnen und Bürger dafür sorgen, dass unsere Freiheit nicht noch weiter eingeschränkt wird:

- Nein zu Diskriminierung und Spaltung
- Nein zum Impfwang
- Nein zu Machtanmassung und Willkür
- Nein zum fahrlässigen Grenzregime
- Nein zur Massen-Überwachung
- Nein zur verantwortungslosen Schuldenmacherei

**So stimmen Sie richtig,
um unsere Freiheit zu schützen!**



Mehr infos auf www.svp.ch

[f](https://www.facebook.com/SVPch) [i](https://www.instagram.com/SVPch) [t](https://www.tiktok.com/@SVPch) /@SVPch

Achtung: Fake-News

An seiner Medienkonferenz vom 27. September 2021 setzte der Bundesrat Fake News in die Welt:

Der Bundesrat behauptet, ohne Zertifikat würden Hotellerie und Gastronomie noch mehr leiden. **Das ist falsch.**

Richtig ist: Die **Holzhammerpolitik des Bundesrats** zerstört wirtschaftliche Existenzen und **vernichtet Arbeitsplätze**. Die **Gaststätten verzeichnen bereits jetzt gravierende Umsatzeinbussen**. Zudem verfügen die verschiedenen Branchen über **funktionierende Schutzkonzepte**, die bei Bedarf angewandt werden können.

Der Bundesrat behauptet, bei einem Nein zum Covid-19-Gesetz würden unverzichtbare Finanzhilfen dahinfallen. **Das ist falsch.**

Richtig ist: **Wenn die willkürlichen Massnahmen wie die staatliche Zertifikatspflicht aufgehoben sind, dann braucht es auch keine Finanzhilfen mehr**. Zudem hat das Abstimmungsergebnis keinen Einfluss auf die Finanzhilfen: Praktisch alle von ihnen laufen per Ende 2021 oder per Ende März 2022 aus.

Extremes Covid-19-Gesetz NEIN

Unterstützen Sie unsere Kampagne mit einer Spende auf IBAN CH80 0900 0000 3000 8828 5,
SVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern, Vermerk «Spalten NEIN!»

Sie vergessen, die richtigen Fragen zu stellen

Langweilige Mainstream-Medien

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Uns jungen Kriminalisten wurde – nebst den «sieben W der Kriminalistik» (wer hat was, wo, wann, warum, wie und womit getan?) – eingebläut, die richtigen Fragen zu stellen. Einer meiner ersten Kripo-Kommissare bemühte dazu stets die Bibel, wo im Lukas-Evangelium der Satz steht «Klopft an, so wird euch aufgetan».



Wer sich nicht getraut, zu einem Sachverhalt wirklich alle Fragen zu stellen, wird niemals die Wahrheit erfahren. Wer sich durch die Mainstream-Medien quält, der realisiert bei vielen Themen, dass sich heute ein Heer von Journalisten aus politischer Korrektheit nicht mehr getraut, nachzubohren und unangenehme Fragen zu stellen. Zudem sind viele

Medienschaffende bemüht, nur solche Fragen zu stellen, damit die Antworten nach ihrem Weltbild ausfällt.

Beispiele gefällig? Alle sprechen vom Klimawandel, und sicher trägt der Mensch seinen Teil dazu bei. Weshalb aber wird ignoriert, welche Auswirkung der Anstieg der Weltbevölkerung von fünf Milliarden im Jahre 1987 auf heute nahezu acht Milliarden hat? Aber eine solche Frage könnte darauf hinauslaufen, dass über die geplanten Massnahmen kontrovers diskutiert werden müsste. Auch hierzulande wird nicht darüber berichtet, wie sich der jährliche Anstieg von 80'000 Menschen klimamässig auf unser Land auswirkt. Aktuell wird von links-grüner Seite die «Gletscherinitiative» bewirtschaftet. Natürlich gehen die Gletscher zurück, dass dabei aber versteinerte Bäume zum Vorschein kommen, beweist eindeutig, dass dort einst bedeutend wärmere Temperaturen geherrscht haben.

Sprachrohr von Bundesbern statt Wächterfunktion

Themen wie die verstärkte Kriminalität von jungen Männern aus einigen Kulturkreisen – oder das Frauenbild gewisser hier lebender Muslime – scheuen viele Medien wie der Teufel das Weihwasser. Oder man gibt eine Studie über Frauenhäuser in Auftrag und «vergisst», die Nationalität der Täter statistisch zu erheben. Auch bei der gesamten Corona-Berichterstattung verstehen sich viele Medien als Sprachrohr von Bundesbern, statt den Verantwortlichen nervige Fragen zu stellen.

Auch konnte der frühere US-Präsident Donald Trump nie etwas richtig machen, Joe Biden hingegen wird wohl während seiner gesamten Amtszeit medial geschont werden, einzig und alleine deshalb, weil er Trump aus dem Weissen Haus vertrieben hat. Als Trump eine Mauer zu Mexiko baute, war er ein übler Schurke, der die armen Südamerikaner von den USA fernhalten wollte. Als die US-Vizepräsidentin Kamala Harris mit dem gleichen Ziel nach Südamerika reiste und dort bei einigen Staatschefs den Bückling vollzog, wurde sie über den grünen Klee gelobt – nur mit dem Unterschied, dass

die Mauer von Trump, im Gegensatz zu Kamala Harris' Demutsgebärde, ihr Ziel erreicht hat.

Entschuldigung statt Kritik

Selbst als US-Präsident Biden an einem Vortrag an der jüngst zu Ende gegangenen Klimakonferenz in Glasgow einschlieft, haben die Medien sehr zurückhaltend kommuniziert, und die «Sonntagszeitung» hat sogar – quasi als Entschuldigung für Bidens Nickerchen – über die Auswirkung von sauerstoffarmer Luft in Konferenzsälen berichtet. Wäre Donald Trump bei einem Schläfchen erwischt worden, hätten ihn die Medien als üblen Ignoranten bezeichnet.

Im Endeffekt ist es ein Trauerspiel, dass viele Medienschaffende nicht realisieren, wie uninspiriert, voraussehbar und deshalb wie furchtbar langweilig ihre Beiträge in Wort, Schrift, Ton und Bild sind.

Markus Melzl

Machen Sie sich selbstständig



Nutzen Sie unseren Weg zu Ihrer persönlichen und finanziellen Unabhängigkeit.

Werden Sie Franchisepartner!

Wir bieten einen erprobten Weg im Bereich der Gesundheit.

Sie bringen mit:

- Sympathisches Auftreten
- dynamische Denk- und Arbeitsweise
- Erfahrungen im Verkauf
- Einsatzbereitschaft
- Freude an Beratung, Coaching, Motivation
- Eigenkapital erforderlich

Melden Sie sich jetzt!
Ich freue mich auf
Ihren Anruf.



ParaMediForm AG

Martin Häcki, Geschäftsführer

Schützenmattstrasse 3

5600 Lenzburg • Telefon 062 888 88 28

info@paramediform.ch • www.paramediform.ch

Schlank werden • Schlank sein • Schlank bleiben

Als gäbe es keine Privatsphäre

Ein Kesb-Opfer erzählt

Ein Mann, gegen achtzig Jahre alt, in Fachkreisen bis heute gefragt als Spezialist zu militärischen und militärhistorischen Fragen, geriet nach einem Unfall unversehens in den Strudel einer herbeikonstruierten Kesb-Bevormundung.

Der Mann hatte sich vor einiger Zeit einer Hüftoperation zu unterziehen. Seither ist seine Gehfähigkeit etwas beeinträchtigt. Darüber hinaus erfreut er sich bemerkenswert guter Gesundheit. Er ist alleinstehend.

Seitens an Militärfragen interessierten Kreisen ist sein umfassendes Wissen überaus gefragt. Als Sammler von Militaria ist er vielfach vernetzt. Nicht allzu selten wird ihm aus Nachlässen von Wehrmännern teilweise sehr viel Sammelgut zur Beurteilung überlassen. Der Mann sichtet dieses Gut sorgfältig und studiert dabei unzählige zum Material vorfindbare Dokumente. Teils ordnet er Sammelgut seiner eigenen Kollektion zu, teils übergibt er es öffentlichen oder privaten Bibliotheken und Sammlungen.

Der Sturz

Der Mann bewohnt am Stadtrand Zürichs eine nicht allzu grosse Wohnung – wo er sehr viele Bücher, aber auch anderes Sammelgut wohlgeordnet aufbewahrt. Was die Wohnung an Abstellflächen hergibt, ist folglich mit Gegenständen und Büchern belegt.

Vor einigen Monaten geschah es, dass dem Militärfachmann nach zwei Todesfällen zwei ziemlich umfangreiche, rasch als interessant erkannte Sammlungen zur Beurteilung übergeben wurden. Er begann Stück für Stück zu sichten, zu studieren, die Erhaltenswürdigkeit zu prüfen und sich zu fragen, wer an einzelnen Gegenständen interessiert sein könnte.

Da geschah es, dass er in seiner Wohnung stürzte, unglücklicherweise auf einen Stapel zur Begutachtung bereitgestellter Schriften und Bücher. Im Sturz riss er einen weiteren Stapel ein. Nach dem Sturz war dem bald Achtzigjährigen das Aufstehen aus eigener Kraft nicht mehr möglich. Er rief aus der von innen geschlossenen Wohnung um Hilfe. Es dauerte mehrere Stunden, bis er gehört wurde. Weil sein Schlüssel von innen steckte, konnte sich der vom Nachbarn zu Hilfe geholte Hauswart keinen Zugang zur Wohnung verschaffen. So rief dieser Hauswart die Polizei, welche mit einem organisierten Schlüsseldienst schliesslich die Wohnung zu öffnen vermochte.

Der Gestürzte – inzwischen akut Thrombose-gefährdet – wurde als Notfall ins Spital verbracht, dort verarztet und nach vierzehn Tagen wieder entlassen – aber noch zu einem Aufenthalt in einer Reha angemeldet.

Die Kesb schaltet sich ein

Wochen später orientierte ihn anlässlich einer Konsultation sein Hausarzt. Die Kesb habe sich bei ihm gemeldet, er müsse ihr berichten, ob der Gestürzte noch voll zurechnungsfähig und imstande sei, seinen Haushalt selbständig

zu führen. Der Arzt, der den Mann als seinen Patienten seit Jahren kannte, stellte nach einem Gespräch das erforderliche Attest aus. Man glaubte, damit habe sich alles erledigt.

Zwei Monate später erhielt der Mann überraschend einen Telefonanruf des Juristen der für seine Region zuständigen Kesb. Dieser sprach – wie übrigens seine Chefin ebenfalls – ausländischen Dialekt. Er verlangte verschiedene Auskünfte, die ihm der Angefragte allerdings verweigerte. Als ehemals hochrangiger Offizier mit umfassender Erfahrung im Nachrichtendienst erklärte er sich als grundsätzlich nicht bereit, einem Unbekannten am Telefon Auskünfte über seine persönlichen Verhältnisse zu geben – auch nicht über die Art und Weise, wie er sein Leben verbringt. Er sei allenfalls bereit, den «Fall» anlässlich einer persönlichen Besprechung zu erörtern. Aus den Fragestellungen des Juristen ging hervor, dass da Akten bzw. ein Dossier existieren mussten. Daher verlangte der Mann kurzfristig einen Termin für eine persönliche Besprechung und Akteneinsicht.

Akteneinsicht erkämpft

In Zeiten, da wegen Covid-19 Homeoffice angeordnet sei, könne solchen Begehren nicht kurzfristig entsprochen werden, rechtfertigte sich der Kesb-Jurist. Worauf der Mann verlangte, dass ihm eine Kopie der vorhandenen Akten zuzustellen sei. Man erklärte ihm, dies sei nicht möglich. Für die Akteneinsicht müsse er persönlich erscheinen.

Der zum Kesb-Fall erklärte Mann holte deshalb bei einem persönlichen Freund – von Beruf Rechtsanwalt – juristischen Rat ein. Er erfuhr, dass ihm volle Akteneinsicht keineswegs verweigert werden könne – weshalb er sein Begehren gegenüber der Kesb nachdrücklich erneuerte.

Nach zänkischem Hin und Her wurde ihm diese Akteneinsicht schliesslich gewährt. Und der Mann, inzwischen Kesb-Fall, stellte bei der Akteneinsicht höchst erstaunt fest, dass das Kesb-Dossier über seine Person, von dessen Anlegung er vorher nie erfahren hatte, bereits über dreissig Seiten Akten umfasste. Auch bezüglich der Verweigerung von Kopien musste die Kesb später zurückkreben: So erhielt der Mann Kopien des Dossiers. Dieser Kopiensatz war allerdings unvollständig; einige fehlende Seiten mussten von der Kesb später nachgeliefert werden – alles selbstverständlich mit Rechnung.

Mit etwelcher Beklemmung stellte der Mann fest, wie viele Details über seine Person und Lebensführung im Kesb-Dossier bereits enthalten waren. Mehr als zwanzig Aktenstücke gaben Auskunft über seine Gesundheit, über sein Vermögen, über seine (tadellose!) Zahlungsmoral und vieles andere mehr. Auskünfte, welche der Kesb von Amtsstellen übermittelt worden waren, ohne dass der

Beobachtete je ein Wort davon erfahren hätte. Er wusste nicht einmal, dass über ihn überhaupt ein Kesb-Dossier angelegt worden war. Als kafkaesk mutet an, wie die Kesb mit diesem völlig unbescholtenen Bürger umgegangen ist.

Umfangreiches Dossier

Der Betroffene wollte also wissen, weshalb die Kesb ihn überhaupt zum «Fall» erklärt habe. Beim Aktenstudium wurde dem Mann relativ rasch klar, wodurch all die Kesb-Recherchen zu seiner Person ausgelöst worden waren. Jene dem Polizisten, der nach dem Sturz des Mannes dessen Wohnungstür geöffnet und seine Einweisung ins Spital veranlasst hatte, stach ganz einfach die mit vielen Büchern gefüllte Wohnung des Militaria-Sammlers ins Auge. Dass alles vorhandene Material nach einer genauen Ordnung untergebracht war, erkannte der Polizist nicht. Und weil mit dem Sturz des Mannes einige Aktenbeigen (auch solche, die Corona-bedingt geschlossenen Bibliotheken und Museen damals ganz einfach nicht übergeben werden konnten) umgestürzt waren, schloss er völlig zu Unrecht auf notorische Unordnung in der Wohnung des Mannes.

So wurden beispielsweise zur Entsorgung bereitgestellte Kehrriechsäcke – mit Papierschnipseln aus dem Aktenvernichter gefüllt – als «deponierter Abfall» eingestuft.

Dass der Gestürzte insgesamt noch acht Stunden auf Hilfe hatte warten müssen, zeitigte auch körperliche Folgen, die der Polizist spontan in Fotos festgehalten und dann der Kesb übermittelt hatte. Die Fotos wurden von der Kesb als «Gefährdungsmeldung» bewertet, so dass die Kesb-Bürokratie ihre umfassende Untersuchungsmechanik ohne Verzug – und ohne den beobachteten Mann zu orientieren – in Bewegung setzte.

Untaugliche Beanstandung

Lediglich vom Hauswart konnte die Kesb so etwas wie eine Beanstandung erhalten. Diesen störte die Fülle des in der Wohnung des Gestürzten vorgefundenen Materials. Und weiter störte ihn, dass der Gestürzte an den zu seiner Wohnung gehörenden Balkonen jeweils eine Schweizerfahne am Geländer fachmännisch angebracht hatte. Solches sei ausserhalb der Balkonbegrenzung gemäss Hausordnung nicht erlaubt.

Ins Gewicht fiel indessen, dass der zum Kesb-Untersuchungsobjekt degradierte Mann Mitglied einer Sankt Nikolaus-Gesellschaft ist und mit sichtlicher Freude Jahr für Jahr in die Rolle des örtlichen Samichlaus schlüpft und – um seine Rolle möglichst perfekt zu spielen – eine grössere Anzahl von Büchern und Büchlein mit Samichlaus-Geschichten und -Sprüchlein wohlgeordnet seiner persönlichen Bibliothek angegliedert hatte. Dieses Hobby löste Kesb-Bedenken aus.

Fragwürdige Feststellung

Und weitere interessante Fakten waren den Kesb-Akten zu entnehmen: Aufgrund einer vom kantonalen Steueramt erhaltenen Auskunft hielt die Kesb zum Beispiel fest:

«Eine Gefährdung schutzwürdiger Interessen Dritter oder der Öffentlichkeit sind keine ersichtlich. Ein öffentliches Interesse an der Öffnung dieser Akten im Sinne von Paragraph 120 Absatz 2 StGB ist damit gegeben.»

Interessant, wie die Kesb ihre Schnüffelarbeit gegenüber unbescholtenen Bürgern begründet (keine Gefährdung ersichtlich – Interesse an Aktenöffnung aber trotzdem gegeben).

Noch stossender ist die Begründung, weshalb dem als Klient bezeichneten Kesb-Opfer elementare Informationen zu den über ihn angestellten Abklärungen verweigert wurden:

«Da der Klient in der bisherigen Abklärung nicht direkt kontaktiert wurde und eine schriftliche Mitteilung an ihn eher störend empfunden wird, wird das Verfahren nur mit dieser Aktennotiz abgeschlossen.»

Mit anderen Worten: Man orientiert grundsätzlich nicht und nimmt die Nicht-Orientierung zum Anlass, nach extensiv ausgedehnter Untersuchung auch später jegliche Orientierung des zum «Fall» erklärten Kesb-Opfers zu unterlassen. Nicht einmal die Einstellung des Verfahrens – nach Monaten endlich verfügt – wurde dem Observierten mitgeteilt.

Hätte der observierte Betroffene sich nicht aus gesundem Misstrauen sofort gewehrt und mit juristischer Unterstützung Akteneinsicht verlangt, wüsste er nichts von dem gegen ihn in Gang gesetzten Verfahren. Erst auf sein ausdrückliches Verlangen hin wurde ihm dann die Einstellung des Verfahrens schriftlich bestätigt.

Selbstherrlicher Staat im Staat

Die Kesb gefällt sich offensichtlich in der Rolle als Staat im Staat – zu jeglicher Willkür berechtigt. Grundrechte, Persönlichkeitsrechte des Einzelnen gelten für Kesb-Opfer nicht. Und keine politische Instanz in der Schweiz fühlt sich in irgend einer Weise berufen oder veranlasst, der Selbstherrlichkeit der Kesb-Funktionäre endlich einmal entschieden entgegenzutreten.

Was sich die Kesb hier leistet, folgt Lukaschenko-Methoden. Lukaschenko glauben die politischen Instanzen der Schweiz im Chor und lautstark kritisieren zu müssen. Dass die Kesb weitgehend gleiche Methoden hier in der Schweiz anwendet, das wird mit beharrlichem Schweigen feige übergangen.

S.

Churz & Bündig

Napoleon musste seinerzeit der Schweiz den Staatsschatz wenigstens rauben. Heutige Schweiz-Ausverkäufer werfen Brüssel auf dessen Erpressungsmänöver die Kohäsionsmilliarden freiwillig nach.

us

Menschen diskriminieren?



Am 28. November:

**Gefährliche
Covid-Verschärfung**

NEIN

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung

Direkthilfe für Kenia



Liebe Leserin, lieber Leser
Mit Freude darf ich Ihnen
erneut über mein Hilfsproj-
ekt für ärmste Familien
in Kenia berichten. Dank
Ihren Spenden können wir
Hilfe zur Selbsthilfe leisten
für Projekte, die Einheimi-
schen aus eigenen Mitteln
nie möglich wären: Zusam-
menfallende Häuser erneu-
ern, Toiletten und Brunnen
bauen, Schul- und Startgel-
der für eigene Geschäfte usw.
Dafür im Namen der
Einheimischen unser herzlichster Dank!

So ist das Leben tausender armer Familien in Kenia geprägt...

- Alle paar Jahre müssen sie ihre kaputten Häuser neu aufbauen, haben aber dafür kein Geld.



Eine Witwe lebt mit ihren Kindern in einem Haus mit eingestürztem Dach.



Das neue Haus, mit unserer Hilfe gebaut.

- Sie kämpfen um Schulgelder für ihre Kinder. Fehlt das Geld, so werden die Kinder entweder heimgeschickt oder sie kommen in Schulen der Regierung, wo ein

Lehrer zuständig ist für 80 Schüler und ein Buch für fünf Kinder ausreichen soll.

- Berufsbildung: Fehlt das Geld, so bleiben Jugendliche auf der Strecke, kommen auf Abwege, gründen ohne Existenzgrundlage Familien, und die Negativspirale geht weiter.
- Sie müssen ohne Toilette auskommen und sich mit dem «Busch» begnügen.



Endlich eine menschenwürdige Toilette, dank unserer Unterstützung

- Ohne Geld kein Spital. Die Leute werden oft krank, den Ärmsten fehlt das Geld, um das Spital aufzusuchen. Viel zu viele sterben deswegen an Malaria, Typhus, Verkehrsunfällen, Mangelernährung usw.



Da ich feststellte, dass keine Organisation Direkthilfe bei Familien leistet, startete ich vor 10 Jahren ein persönliches Hilfsangebot. Nachdem ich ein vertrauenswürdiges, kenianisches Team bilden konnte, und ich selber sehr oft vor Ort lebe, können wir – auch mit kleinen finanziellen Mitteln – erstaunlich viel Hilfe leisten (wir konnten z.B. bis jetzt bereits 180 Toiletten und 25 Häuser bauen). Da ich dies alles in Freiwilligenarbeit tue, geht jeder gespendete Franken direkt zu den sorgfältig geprüften Projekten, zu den Ärmsten unter den Einheimischen.

Kathrin Wuhrmann

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Unterstützung und versichere Ihnen, dass jeder Franken direkt zu den Betroffenen geht.

E-Mail: kathrin.wuhrmann@bluewin.ch

Steuerfreies Hilfskonto:

**Verein zur Unterstützung Hilfsbedürftiger in Kenia,
Credit Suisse AG, 8070 Zürich**

IBAN Nummer: CH52 0483 5188 4482 0100 0

Gammelhäuser und andere sozialistische Enteignungs-Phantasien



Sie sind sicher nicht überrascht, wenn ich behaupte, dass die extremsten Initiativen linker Parteien meistens in den Stadtkantonen Genf und Basel-Stadt lanciert werden. Insbesondere im Bereich der Wohnraumpolitik überbieten sich die beiden Kantone seit Jahren mit immer interventionistischeren und investitionsfeindlicheren Massnahmen.

Sie drangsalieren damit Vermieter und verhindern nützliche Sanierungen bestehender Wohnflächen. Nach Genf ist es nun in Basel wieder so weit. Demnächst stimmen wir über die nächste «Wohnschutz-Initiative» eines linken Bündnisses rund um den Mieterverband ab. Das Absurde an der Debatte: Die linken Parteien haben seit 17 Jahren eine Mehrheit in der Regierung – dennoch schiessen sie gegen die Wohnraumpolitik des Kantons.

Die jetzt vorliegende kantonale Initiative würde den Wohnraum in Basel-Stadt de facto komplett verstaatlichen. Denn, mit ganz wenigen Ausnahmen, wären private Investitionstätigkeiten nicht mehr möglich. Wichtige Sanierungsmassnahmen könnten nicht durchgeführt werden, weil die Vermieter wegen absoluter Bewilligungspflichten und Vorgaben ihre Investitionen nicht mehr

amortisieren dürften. Moderate Mietzinserhöhungen, als Folge von vernünftigen Sanierungen, sind dann faktisch ausgeschlossen, was dazu führt, dass Vermieter gar kein Interesse mehr an Investitionen haben.

Dabei zeigen just Beispiele aus den von Linken und Links-extremen regierten Städten wie Berlin oder Genf, dass eine Überregulierung des Wohnungsmarktes nicht im Interesse der Mieter sein kann. Mit staatlicher Überregulierung, Enteignungen, Eingriffen in die Wirtschaftsfreiheit und unsinnigen Mietdeckeln wurde kein neuer Wohnraum geschaffen – im Gegenteil. Gleichzeitig verrotten bestehende Gebäude. Es entstehen Gammelhäuser. Es ist das alte Lied sozialistischer Politik. Man meint noch immer, dass staatliche Eingriffe und Überregulierung zu einer Verbesserung der Situation führen. Realisiert man dann, dass auch dies nichts nützt, geht man über zum eigentlichen, ohnehin gewünschten Grundsatz: Man enteignet.

Dabei muss doch allen klar sein: Nur wenn es sich für Vermieter lohnt, in ihre Liegenschaften zu investieren, profitieren auch die Mieterinnen und Mieter davon. Hierfür sind aber keine staatlichen Eingriffe notwendig, sondern grösstmögliche unternehmerische Freiheit für die Vermieter.

Joël Thüring, Grossrat des Kantons Basel-Stadt



Churz & Bündig

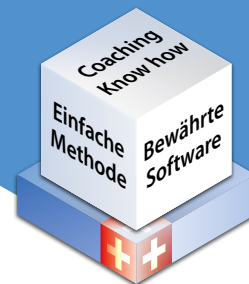
Reto Nause, Stadtberner Sicherheitsdirektor, kann's nicht lassen. Schon früher mit ähnlichen Pauschalvorwürfen in die Öffentlichkeit gerannt, beschwört er jetzt zum Voraus Unruhen zum Covid-Abstimmungsausgang. Ist das eine Einladung an die Antifa-Berufskrawallanten, signalisierend, dass dann schon den Covid-Gegnern alle Schuld in die Schuhe geschoben werde?

*

Die der Menschheit Freiheitseinschränkungen verordnende Glasgower Mammut-Klimakonferenz hat ihr Hauptziel erreicht: Weil kein überzeugendes Resultat gefunden werden konnte, ist eine neue Konferenz zum gleichen Geschäft «unabdingbar notwendig» – auf dass sich all die zehntausende Verhandler, Funktionäre, Experten, Protokollschreiber, Manifestanten und Journalisten allesamt wieder energiearm (wenn's eilt auch mal im Privatflugzeug) an einem schönen Ort auf diesem Erdball wieder zu unendlichem Massenpalaver einfinden können. Um dann wieder kein Ergebnis zu erzielen, auf dass neue Zusammentreffen irgendwo in vielleicht noch grösserem Rahmen erneut «zwingend angeordnet» werden müssen – immer auf Kosten der Steuerzahler. Das energieverschleissende Perpetuum mobile scheint erfunden.

US

Werden Sie Unternehmer in unserem Netzwerk!



Wir suchen Persönlichkeiten, die sich eine eigene Existenz aufbauen wollen und ihre verkäuferischen und beratenden Fähigkeiten als selbständiger **Managementberater** einsetzen möchten.

Spielen Sie mit in unserer Erfolgsgeschichte! Detaillierte Informationen finden Sie unter www.fee-consult.ch.



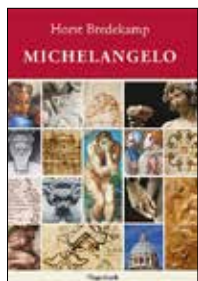
FEE-Consult AG
Paul N. Burch
Trottenackerstrasse 4
8102 Oberengstringen
Tel. +41 44 751 80 20
buero.p@fee-consult.ch



Büchertisch

SPECIAL
Geschenkbücher

Ein Prachtband



Michelangelo

Michelangelo Buonarroti gehört zweifellos zu den prägendsten Gestalten des Abendlands. Hunderttausende bewundern seine aus titanischer Schaffenskraft entstandenen Werke – in Florenz, in Rom, in anderen italienischen Städten. Alljährlich pilgern Millionen allein in die Sixtinische Kapelle. In einem ebenso spektakulär ausgestatteten wie sorgfältig gestalteten Bild- und Textband werden die Kunstwerke auf Michelangelos Lebensweg im Detail gezeigt, beschrieben und interpretiert. Ein einzigartiges Geschenk für alle, die sich mit der abendländischen Kultur verbunden fühlen.

Horst Bredekamp: «Michelangelo», Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 2021, 810 S., Grossformat (28×22 cm), geb., sehr reich bebildert, Richtpreis Fr. 120.–, Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 108.–

Warum die Schweiz reich geworden ist

Mythen und Fakten eines Wirtschaftswunders

Markus Somm

Oft wird (nicht selten mit diffamierendem Unterton) behauptet, allein das Bankgeheimnis habe den Wirtschaftsaufschwung der Schweiz ausgelöst. Dagegen weist Markus Somm nach, dass initiative Schweizer, wagemutige Unternehmer in Industrie und Handel bereits viele Jahrzehnte vor der Entwicklung des Finanzplatzes erstaunliche wirtschaftliche Leistungen als Fundament für lange Wirtschaftsblüte erbracht haben. Somm porträtiert eine ganze Epoche früher Industrialisierung und früher Schweizer Teilhabe am Welthandel. Ein interessantes Bild jener Zeit, aus der die moderne Schweiz hervorgegangen ist.

Stämpfli, Bern 2022, 296 S., geb. (Richtpreis Fr. 49.–) Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 44.10

Den anderen Jeremias Gotthelf neu zu Wort kommen lassen

«Wenn keine Religion mehr ist, da geht alles auseinander...»

Beat Weber

Als Erzähler, als Schöpfer kraftvoller Figuren und Geschichten aus dem Leben vor allem im Emmental ist Jeremias Gotthelf seit Jahrzehnten bekannt und anerkannt. Weniger bekannt sind seine geistlichen Anliegen, seine religiösen Überzeugungen und sein religiöses Wirken, gewachsen aus Gotthelfs Überzeugung, dass nur blühen kann, was auf Gottes Wort baut.

Verlag Mosaicstones, Thun 2020, 179 S., geb. ill. (Richtpreis Fr. 33.50) Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 30.75

Carl Spitteler – Dichter, Denker, Redner

Eine Begegnung mit seinem Werk

Peter von Matt, Stefanie Leuenberger, Philipp Theisohn

In den Geschichtsbüchern wird Carl Spitteler mit seiner berühmten Rede «Unser Schweizer Standpunkt» oft erwähnt, hat er damit im Ersten Weltkrieg doch die drohende Spaltung zwischen deutscher und welscher Schweiz mit entschärft. Später wurde er für seinen «Olympischen Frühling» mit dem Literatur-Nobelpreis geehrt. Die Autoren legen ein Buch vor, das Spittelers Bedeutung für die Schweiz und sein dichterisches Können und Wirken in Erinnerung ruft und für die heutige Zeit erläutert.

Nagel und Kimche, München 2019, 471 S., geb., ill. (Richtpreis Fr. 38.90) Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 35.–

50 Dokumente, die die Welt veränderten

Die Weltgeschichte der Zivilisation, erzählt anhand ihrer bedeutendsten Dokumente

Peter Snow & Ann Macmillan

Bilddokumente, Worddokumente, besondere Bauten prägen die Weltgeschichte, seit es Weltgeschichte gibt. Ein sorgfältig gestalteter Bild- und Textband stellt fünfzig der bedeutendsten Dokumente vor und erklärt, wie diese Dokumente die Weltgeschichte beeinflusst haben. Eine Fundgrube für historisch interessierte Zeitgenossen.

Mittler, Hamburg (London) 2020, 224 S., reich bebildert, Grossformat (29×25 cm), (Richtpreis Fr. 41.50) Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 37.35

Bestellschein

Geschenkbücher

<input type="checkbox"/>	Brekamp: Michelangelo	à Fr. 108.00
<input type="checkbox"/>	Somm: Warum die Schweiz ...	à Fr. 44.10
<input type="checkbox"/>	Weber: Jeremias Gotthelf	à Fr. 30.75
<input type="checkbox"/>	von Matt u. a.: Carl Spitteler	à Fr. 35.00
<input type="checkbox"/>	Snow/Macmillan: 50 Dokumente	à Fr. 37.35

(zuzüglich Portokosten)

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel-Nr.

Datum

Unterschrift

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Kanton Zürich: Nein zum missratenen Energiegesetz

Bürokratie verhindert Innovation

von Michael Trachsel, Kampagnenchef Schweizerzeit, Feuerthalen ZH

Am 28. November stimmen wir über ein neues Energiegesetz ab und entscheiden darüber, ob die Zürcher Energiepolitik weiterhin auf erfolgreiche Innovation setzt, oder ob diese durch ideologische Planwirtschaft abgelöst werden soll.



Mit dem neuen Energiegesetz möchten Mehrheiten des Zürcher Kantons- und Regierungsrates eine utopische Antwort auf die sogenannte Klimakrise geben. Im Kern geht es darum, im Gebäudebereich künftig die Öl- und Gasheizungen durch klimaneutrale Heizsysteme zu ersetzen. Mit dieser Vorgehensweise sollen rund vierzig Prozent der klimabelastenden

zürcherischen CO₂-Emissionen eliminiert werden. Abgesehen von einigen bürokratischen Ausnahmeregelungen soll faktisch ein Verbot, von bewährten und sich stetig in der Weiterentwicklung befindenden Technologien gesetzlich verankert werden. Das neue Gesetz soll insbesondere den aktiven Klimaschutz sowie die Loslösung von Öl und Gas fördern. Dies gemäss Regierungsrat als zwingende Antwort auf eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit.

Ohne Strom keine klimaneutralen Heizsysteme

Sollte künftig auf die fossilen Brennstoffe verzichtet werden müssen, bedeutet das eine noch grössere Abhängigkeit gegenüber einer sicheren Stromversorgung. Die Medienberichte der letzten Wochen haben eindrücklich aufgezeigt, dass wir in der Schweiz wie auch im restlichen Europa künftig mit Strom-Mangellagen oder gar Blackouts rechnen müssen. Das vorliegende Energiegesetz setzt nach dem Prinzip Hoffnung auf eine Ressource, welche in Kürze nicht mehr garantiert werden kann. Mit vorausschauender Realpolitik hat ein solches Gesetz nichts zu tun.

Mehr Bürokratie – das Einzige was garantiert ist

Am Beispiel bestehender Bauten: Das Gesetz sieht vor, dass Öl- und Gasheizungen am Ende ihrer Lebensdauer



durch ein klimaneutrales Heizsystem ersetzt werden müssen. Der Umstieg auf ein klimaneutrales System ist allerdings nur dann verpflichtend, wenn er technisch möglich und finanziell tragbar ist. Sind die Kosten über die gesamte Lebensdauer mehr als fünf Prozent höher im Vergleich zu einer neuen Öl- oder Gasheizung, darf wieder eine Öl- oder Gasheizung eingebaut werden.

Gleichzeitig müssen die Eigentümerinnen und Eigentümer jedoch dafür sorgen, dass mindestens zehn Prozent des Energiebedarfs der Baute durch erneuerbare Energien gedeckt werden. Die allfällig notwendigen Massnahmen sind innert drei Jahren ab Erteilung der Ausnahmegewilligung umzusetzen. Welche Hausbesitzerin, welcher Hausbesitzer hat die Geduld, die Zeit und das nötige Geld, um all diese bürokratischen Hürden zu überwinden?

Zurück an den Absender

Es gibt noch zahlreiche weitere Beispiele in diesem Gesetz, welche das Prädikat «Planwirtschaft» verdienen: Ausufernde Bürokratie verunmöglicht markttaugliche Innovation mittels etablierter Technologien.

Wenn wir Zürcherinnen und Zürcher verhindern wollen, dass es in Zukunft immer teurer wird, in den kalten Jahreszeiten unsere Häuser und Wohnungen zu heizen – sofern es dann genügend Strom gibt –, müssen Sie dieses Energiegesetz am 28. November mit einem Nein zurück an den Absender schicken.

Michael Trachsel



INNOVA Sicherheitstechnik Schweiz AG
Lindenhofstrasse 6
9630 Wattwil
+41 71 988 22 00
info@innova-sicherheitstechnik.ch

Krisenvorsorge | Notvorrat | Trinkwasser | Technik



Wir beraten Sie gerne persönlich und diskret!



WWW.INNOVA-SICHERHEITSTECHNIK.COM

Wir wünschen Ihnen frohe Festtage!



Janosch Weyermann
Grossratskandidat, Bern

Thomas Fuchs
Grossratskandidat, Bern

Sandra Schneider
Grossrätin, Biel/Bienne

Patrick Freudiger
Grossrat, Langenthal

Das ideale Geschenk zu Weihnachten:

Wie sich die Schweiz rettete

In diesem umfassenden Grundlagenbuch beleuchtet Josef Mächler die Schweiz von 1939 bis 1945. Dem Autor ist es dabei ein Anliegen, die ideologisch gewordene Geschichtsschreibung über die Schweiz im Zweiten Weltkrieg wieder auf gesicherte Fakten zu positionieren.



548 Seiten starkes Standardwerk
Spezialpreis: 49 Franken
statt 79 Franken

PRO + LIBERTATE

Schweizerische Vereinigung für
Freiheit, Demokratie und Menschenwürde
www.prolibertate.ch

Freiheit bewahren – Freiheit verteidigen!

1956 wurde PRO LIBERTATE gegründet. Der Einmarsch der sowjetischen Truppen in Ungarn und die Errichtung totalitärer Regimes in Osteuropa zeigten, dass Demokratien und freiheitliche Gesellschaften, auch nach der Befreiung Europas von der Nazi-Diktatur, in Gefahr lebten. Deshalb trägt PRO LIBERTATE ihre Zielsetzung im Namen: «Für die Freiheit». Und der Name ist heute aktueller denn je!

Ich bestelle _____ Expl. des Buches **«Wie sich die Schweiz rettete»** zum Preis von 49 Franken, zzgl. Porto und Verpackung.

Bitte senden Sie mir weitere **Informationen über die Vereinigung PRO LIBERTATE** zu (www.prolibertate.ch).

Vorname, Name _____
 Adresse _____
 PLZ, Ort _____
 Tel./E-Mail _____
 Datum, Unterschrift _____

Talon ausschneiden und einsenden an:
Thomas Fuchs, Pro Libertate, Niederbottigenweg 101, 3018 Bern
 (oder via info@prolibertate.ch, Tel. 079 302 10 09, Thomas Fuchs, Präsident)



Schweizer Samariter-Atlas mit Rezepten und Ausflugstipps

Mit unseren Samariter-Atlanten bieten wir Ihnen Informatives zu den Themen «Kräuter & Gewürze» und «Kern- und Steinobst». Entdecken Sie leckere Rezepte, vielseitige Anwendungsbereiche und lassen Sie sich zu passenden Ausflugstipps inspirieren.

Unterstützen Sie die Samariter! Ihr wertvoller Beitrag ermöglicht es uns, Erste Hilfe im Alltag sicherzustellen und das Wissen um lebensrettende Erste Hilfe-Massnahmen weiterzugeben.

Danke für Ihre Spende!
 Samaritervereinigung Bern, PC 30-4146-7
 IBAN CH62 0900 0000 3000 4146 7

Ich bestelle folgende Samariter-Atlanten mit zahlreichen Rezepten, Ausflugstipps und lehrreichen Informationen (Umfang: je 74 Seiten; Preis: 10 Franken pro Exemplar)

_____ Expl. **«Kern- und Steinobst»**

_____ Expl. **«Kräuter und Gewürze»**

Ich möchte Mitglied/Gönner der Samariter werden.

Ich möchte die Samariter finanziell unterstützen. Bitte senden Sie einen Einzahlungsschein zu.

Vorname, Name _____
 Adresse _____
 PLZ, Ort _____
 Tel./E-Mail _____
 Datum, Unterschrift _____

Talon ausschneiden und einsenden an:
Berner Samariter, Niederbottigenweg 101, 3018 Bern
 Tel. 031 981 34 40, Fax 031 981 41 61, samariter@gmx.ch



Samaritervereinigung Bern
www.bernarsamariter.ch

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 27)

Damals in der Auns

von Hans Fehr, a. Nationalrat und Auns-Geschäftsführer, Eglisau ZH



Zu Beginn des Jahres 2004 müssen wir uns bereits wieder mit dem **neutralitätswidrigen Aktivismus des Bundesrates** auseinandersetzen. Denn nachdem unsere «Aussenministerin» Calmy-Rey in der Vergangenheit die US-Regierung mehrmals wegen ihrer Irak-Politik getadelt und brüskiert hat und sich im Streit Europa-USA auf die Seite Frankreichs und Deutschlands gestellt hat, bittet Bundespräsident Joseph Deiss («der Mann ohne Schatten») am Weltwirtschaftsforum in Davos bei US-Vizepräsident Dick Cheney um Aufträge für Schweizer Firmen beim Wiederaufbau im Irak. Im Bundesrat weiss die Linke offensichtlich nicht, was die Rechte tut.

Frau Calmy-Rey hat in ihrer bisherigen Amtszeit bewiesen, dass sie das Wesen unserer immerwährenden, bewaffneten (integralen) Neutralität nicht begriffen hat bzw. nicht begreifen will. Sie brüskiert Handelspartner, schafft sich und der Schweiz Feinde und schielt nach Anerkennung auf dem Boulevard. Sie hat den G8-Gipfel in Evian als «antidemokratisch» verurteilt und die Regierung Bush kritisiert. Sie hat die schweizerische Neutralität auch mit der Unterstützung der sogenannten «Genfer Initiative» verletzt und dafür Millionen von Steuerfranken verschleudert. Die praktisch nur von israelischen und palästinensischen Oppositionellen getragene Initiative für einen Palästinenserstaat stösst bei beiden Regierungen auf strikte Ablehnung und hat scharfe Proteste sowie die öffentliche Verbrennung einer Schweizer Fahne in Nablus zur Folge.

Die Auns fordert den Bundesrat auf, der widersprüchlichen, neutralitätswidrigen Politik unverzüglich einen Riegel zu schieben, die Wallfahrten ins Ausland zu reduzieren und die schweizerische Neutralität strikte zu wahren.



Auch im VBS besteht (schon damals) dringender Handlungsbedarf. Armeechef **Christophe Keckeis** lässt am 4. Januar 2004 in der NZZ a.S. verlauten, die «Zeit der autonomen Verteidigung» sei «vorbei». Offenbar kennt Korpskommandant Keckeis weder Art. 58 der Bundesverfassung (*Die Armee dient*

der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens) noch Art. 185 (*Der Bundesrat trifft Massnahmen zur Wahrung der (...) Neutralität der Schweiz*). Er scheint die Welt ohnehin nur aus der Optik der Pilotenkanzel zu kennen. Keckeis singt das Hohelied der Nato-Anpassung, der Nato-Kooperation und letztlich der Nato-Unterstellung. Zudem will er ein ganzes Bataillon zur «Friedensförderung» im Ausland einsetzen, und bis 10'000 Schweizer Soldaten möchte er mit Nato-Verbänden in Manöver schicken. Völlig deplatziert und neutralitätswidrig sind auch seine Polit-Plaudereien wie «Ich bin ein Fan des europäischen Sicherheitsraumes.»

Drang nach den Bühnen der Welt bzw. nach Clownerien

(aus dem «Tagebuch» der Bundesräte, Auszug vom 13.10. bis zum 9.11.2003)

13.10.: Bundespräsident Couchepin (im Präsidentenzimmer) sowie Samuel Schmid und Micheline Calmy-Rey (im Landsitz Lohn-Kehrsatz) empfangen Nato-Generalsekretär Lord George Robertson.

14.10.: Calmy-Rey weilt zu einem Arbeitsbesuch bei Aussenminister Joschka Fischer in Berlin.

23. bis 27.10.: Calmy-Rey weilt zu einem Arbeitsbesuch mit Aussenminister Jack Straw in London, dann folgt ein Meeting mit dem Minister für Europafragen, sowie in New York ein Meeting mit Uno-Generalsekretär Kofi Annan, und schliesslich mit Israel Singer vom Jüdischen Weltkongress.

30.10.: Bundesrat Leuenberger nimmt an einer Buchvernissage mit TA-Chefredaktor Hardmeier in Schaffhausen teil; im weiteren schreibt er Bücher, erzählt Geschichten, macht «in Kultur» und tritt als Clown auf. Darob verpasst er es, seine Amtsgeschäfte zu erledigen. Resultat: u.a. ein für die Schweiz miserables Luftverkehrsabkommen mit Deutschland.

4.11.: Samuel Schmid empfängt den ukrainischen Verteidigungsminister in Bern.

5.11.: Micheline Calmy-Rey nimmt an der 113. Session der Ministerkonferenz des Europarates in Chisinau (Moldawische Republik) teil.

7.11.: Joseph Deiss stattet einen offiziellen Besuch in Seoul (Südkorea) ab, und Calmy-Rey weilt zu einem Arbeitsbesuch in Warschau.

9.11.: Couchepin stattet Hongkong einen offiziellen Besuch ab.

Wir rufen Verteidigungsminister **Samuel Schmid** eindringlich auf, seinen kooperationsstüchtigen, verirrten Armeechef zur neutralitätspolitischen Ordnung zu rufen und ihm den nötigen staatsbürgerlichen Unterricht zu erteilen. *Aber leider gilt auch hier: Der Fisch stinkt vom Kopf her ...*

*

Im Lauf des Jahres 2004 zeichnet sich mehr und mehr die Notwendigkeit ab, dass wir uns insbesondere für den **Kampf gegen «Schengen»** rüsten müssen. Denn dieser

unselige Vertrag mit der Kernbestimmung «Die Binnengrenzen dürfen an jeder Stelle ohne Personenkontrolle überschritten werden» bringt in Tat und Wahrheit nicht den zelebrierten «Sicherheitstraum» sondern den Unsicherheitsraum Europa und schafft letztlich ein grenzenloses Europa mit primär negativen Konsequenzen.

Wir veranstalten am 24. Februar 2004 eine gross angelegte **Auns-Pressekonferenz** mit dem neuen Präsidenten Pirmin Schwander, meinem Stellvertreter Werner Gartenmann und mir. Für die weitere Auns-Arbeit setzen wir u.a. die folgenden Schwerpunkte:

- **Kampf gegen neutralitätspolitische und andere Sündenfälle in Bundesbern.** Statt die Bundesverfassung und den Volkswillen zu respektieren und das EU-Beitrittsziel aufzugeben, setzt eine bundesrätliche Mehrheit alles daran, «Beitrittschürden» abzubauen und den Beitritt durch die «Schengener Hintertür» zu forcieren. Wir dokumentieren diesen verhängnisvollen Trend mit zahlreichen Beispielen.
- **Nein zu Schengen.** Die Auns wird noch im laufenden Jahr das Referendum bzw. die Unterschriftensammlung gegen Schengen/Dublin starten.
- **Nein zur Zinsbesteuerung.** Ebenso lehnen wir das Zinsbesteuerungsabkommen, das uns Brüssel aufzwingen will, entschieden ab. Wir müssten damit ausländische Geld- und Vermögenswerte, die in der Schweiz angelegt sind, besteuern und drei Viertel

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIENEINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich unterstütze die Schweizerzeit mit einem Kampfbeitrag von 100 Franken (Magazin 80, Aktionen 20 Franken)

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Mit der Bezahlung des Kampfbeitrags erhalten Sie vollen Zutritt vom Schweizerzeit-Online-Auftritt (inkl. Online-Ausgabe der Schweizerzeit). Teilen Sie uns dazu bitte Ihre Mailadresse mit via www.schweizerzeit.ch

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,

Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03

E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

AUS GRENDELMEIERS

<<REICH DER MENSCHEN>>



Der **Jupiter** ist doch schön farbig gebändert und hat einen ovalen gelb-roten Fleck. Doch der wird nun kleiner und bald ist er weg. Wer ist es wohl, der dort das Klima verändert?

dieser Erträge an die EU abliefern. Dass ein souveränes Land für eine aussenstehende Macht Steuern eintreibt, wäre ohnehin einmalig auf der Welt!

Die Pressekonferenz findet einen erfreulich grossen Widerhall, und die Titel oder Schlagzeilen in den Zeitungen lauten z.B. wie folgt: «Die Auns im Jahr eins nach Blocher: Neutralitätspolitische Sündenfälle verhindern». «Arbeitsleistung mit Blocher: Die Auns will als <kompromisslose Lobby für die Schweiz> gegen den EU-Beitritt kämpfen». «Antreten, wo Blocher (als Bundesrat) scheitert». «Auns kämpft gegen Schengen und Personenfreizügigkeit».

In der Dezembersession 2004 wird «Schengen/Dublin» parallel durch beide Räte gepötscht – und am 28. Dezember starten wir die Referendums-Unterschriftensammlung mit einer Grossaktion gleichzeitig in über zwanzig Schweizer Städten.

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr

Die «Schweizerzeit»-Agenda

Dienstag, 30. November 2021, 19.30 Uhr

«Ja zur Schweiz»

Welche Kräfte bestimmen die Weltpolitik, welche die Schweizer Politik?

Vortrag und Diskussion mit Ulrich Schlüer, Schweizerzeit
Gasthof zum Schützen, Schachenallee 39, 5000 Aarau/AG

Freitag, 3. Dezember 2021, 19.30 Uhr

Fondue Chinoise

Traditionelles Jahresabschlussessen für Gönner und Sympathisanten zum Spezialpreise von Fr. 39.99 (Lehrlinge/Studenten Fr. 29.99)
Restaurant Kleefeld, Mädergutstrasse 5, 3018 Bern-Bümpliz
Veranstalterin: Junge SVP Kanton Bern

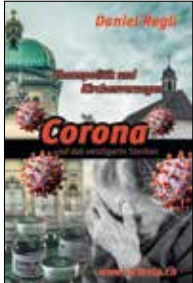
Patriotische Tassen für deinen Kaffee oder Tee!

Postfach 71, 8192 Glattfelden **PATRIOT.SHOP**

www.patriot.shop

Büchertisch

BESTSELLER



Corona und das verzögerte Sterben

Chaospolitik und Kirchenversagen

Daniel Regli

Der Autor nimmt kein Blatt vor den Mund: Immer klarer wird, dass die Entscheide der Bundesratsmehrheit und das kaltschnäuzige (Miss-)Management des Bundesamts für Gesundheit (BAG) von Inkompetenz, Nachlässigkeit, Willkür und selbstherrlicher Sturheit geradezu strotzt.

Ortesio, Zürich 2021, 132 S., brosch., (Richtpreis Fr. 15.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 13.50



Das Blocher-Prinzip

Ein Führungsbuch

Matthias Akeret

Dieser Bestseller liegt inzwischen in neunzehnter, ergänzter Auflage vor. Der bedeutendste Schweizer Politiker nach dem Zweiten Weltkrieg und erfolgreiche Unternehmer Christoph Blocher vermittelt verständlich, wie man eine Partei, wie man einen Betrieb führt – wie Spitzenleistungen ermöglicht werden.

Münster, Zürich 2021 (Schaffhausen 2007), 271 S., brosch., (Richtpreis Fr. 29.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 26.10

AKTUELL



Schweizer Armee in der Konzeptions-Sackgasse

Mit oder ohne Ausweg?

Dr. iur. Rudolf P. Schaub

Der Autor, Oberstleutnant aD, kritisiert in den letzten Jahren realisierte Armee-Reformen scharf und gründlich. Er geht aber nicht nur mit den Reformern hart ins Gericht – er zeigt auch Wege, wie die Armee ihre unverzichtbare Abschreckungswirkung wieder erlangen kann.

Aktiv-Verlag, Stans 2021, 120 S., geb., (Richtpreis Fr. 38.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 34.20



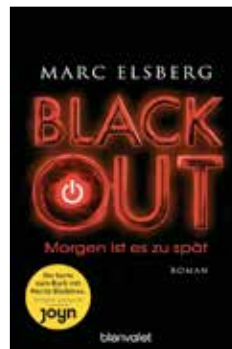
Die Selbstgerechten

Mein Gegenprojekt – für Gemeinnutz und Zusammenhalt

Sahra Wagenknecht

Die Autorin, Fraktionschefin und Vize-Vorsitzende der deutschen Partei «Die Linke», steht politisch tatsächlich dezidiert links. In Ihrem neuen Buch rechnet sie indessen in einer Art und Weise mit den Cüpli-Sozialisten und ihrer Selbstgerechtigkeit ab, die einmalig ist. Lesenswert! Auch zur Unterscheidung von echtem und Lifestyle-Sozialismus.

Campus Verlag, Frankfurt/Main 2021, 345 S., geb., (Richtpreis Fr. 35.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 32.30



Blackout

Morgen ist es zu spät – Roman

Marc Elsberg

Das zweifellos brisanteste Buch, das in Romanform äusserst anschaulich, ja erschreckend schildert, auf was die Menschheit zusteuert, wenn die Wirtschaft mit leichtfertig pauschalisierten grün-roten Energie-Theorien dem Untergang preisgegeben wird. Spannend geschrieben: Dieser Roman geht jedem Leser «unter die Haut».

Blanvalet, München 2021 (2013), 828 S., brosch., (Richtpreis Fr. 17.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 16.10



Die grösste Chance aller Zeiten

Was wir jetzt aus der Krise lernen müssen

Mark Friedrich

Krisen bergen für diejenigen, die sie richtig zu nutzen wissen, immer auch grosse Chancen. Auch aus dem Zusammenbruch der sich in masslose Überschuldung verstrickenden Geldwirtschaft resultieren Chancen. Wie diese genutzt werden können, zeigt dieses neue Buch.

Finanzbuch, München 2021, 379 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 30.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 27.80

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

HÖRBUCH



Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:



Schuberts Winterreise

Ian Bostridge

Der Autor, Konzertsänger, erläutert die von Liebe und Schmerz kündenden Lieder Franz Schuberts, zusammengefasst in der Liedersammlung «Die Winterreise».

Den Hörerinnen und Hörern werden Entstehung, Hintergründe und Gehalt eines jeden Liedes der Winterreise ausführlich erklärt: Welchen Gefühlen gibt Schubert in jedem Lied Ausdruck? Und als Interpret singt der Autor jedes Lied anschliessend so, wie er es an Dutzenden Konzertabenden dem interessierten Publikum vorgetragen hat.

Ein Hörbuch, das man nicht einfach abspielt, in das sich zu vertiefen sich wahrhaftig lohnt. Es vermittelt ein einzigartiges Erlebnis hochstehender Gesangkunst zu einer Komposition, die das Abendland geprägt hat.

Hörkultur, 3 MP3-CD, Hördauer 800 Minuten, (Richtpreis Fr. 65.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 58.50

Hörbücher: Bereichernde Unterhaltung auf langen Autofahrten und anregende Medizin gegen Stau-Ärger.

BUCHZEICHEN



Ausbrecherkönig Sturm

Im Gefängnis der Lügen

Reto Kohler

Der Autor schildert die «Karriere» jenes Serientäters, der von der politischen Linken zum Freiheitshelden emporgjubelt worden ist. Kohlers Buch stimmt freilich nicht ein in diesen Jubel. Es misst diesen politisch kalkulierten Jubel vielmehr an den kriminellen Taten Stürms – und legt die Motivation offen, die Stürms Verbrecherkarriere geprägt hat. Der Autor kommt zum Schluss: Es gibt keinen Grund, Sturm als Freiheitshelden zu verklären. Sturm war ein Verbrecher. Er handelte skrupellos – allein auf seinen Vorteil ausgerichtet.

Eine Klarstellung, die überfällig ist.

Reto Kohler: «Ausbrecherkönig Sturm – Im Gefängnis der Lügen». Mit einem Nachwort von Frank Urbaniok.

Zytglogge/Schwabe, Basel 2021, 354 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 36.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 32.40

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Daniel Regli – Corona und das verzögerte Sterben **à Fr. 13.50**
 Matthias Ackeret – Das Blocher-Prinzip **à Fr. 26.10**

Aktuell

- Dr. iur. Rudolf P. Schaub – Schweizer Armee ... **à Fr. 34.20**
 Sahra Wagenknecht – Die Selbstgerechten **à Fr. 32.30**
 Marc Elsberg – Blackout **à Fr. 16.10**
 Mark Friedrich – Die grösste Chance aller ... **à Fr. 27.80**

Hörbuch

- Ian Bostridge – Schuberts Winterreise **à Fr. 58.50**

Buchzeichen

- Reto Kohler – Ausbrecherkönig Sturm **à Fr. 32.40**

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach

Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(22/19.11.2021)

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel.-Nr. _____

Datum _____

Unterschrift _____



TV-Sendungen und Kurzvideos

Neue TV-Sendungen
Freitags ab 21.00 Uhr
online auf www.schweizerzeit.ch

Nächste Sendungen

Freitag, 19. November 2021

Magazin

Corona – Auswirkungen der Massnahmen an den Schulen

Michael Trachsel diskutiert mit Jérôme Schwyzer, Sekundarlehrer und Präsident Lehrernetzwerk Schweiz; Rahel Vollenweider, Sekundarlehrerin

Freitag, 26. November 2021

Stammtisch

Blackout-Gefahr

Ulrich Schlüer/Michael Trachsel im Gespräch mit Herbert Saurugg, Experte für die Vorbereitung auf den Ausfall lebenswichtiger Infrastrukturen und Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Krisenvorsorge



Die nächste «Schweizerzeit»
erscheint am

3. Dezember 2021

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Aktionen: Michael Trachsel

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand, Markus
Melzi, Charly Pichler, Thorsten Polleit, Joël Thüring,
Isabel Villalon

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

«Staatskrake» wuchert und wuchert

Während die Coronakrise tausende Unternehmen arg getroffen und in den finanziellen Ruin getrieben hat, zeigt sich der Bund davon wenig betroffen. Statt mit gutem Beispiel voranzugehen und den Gürtel enger zu schnallen, setzte sich das seit Jahren anhaltende Stellenwachstum in der Bundesverwaltung auch im Jahr 2021 fort.

Per Ende des ersten Halbjahres wurde erstmals die Schwelle von 40'000 Bundesbeamten überschritten. Diese teilen sich 37'895 Vollzeitstellen – und kommen in den Genuss von monatlichen Durchschnittslöhnen von knapp 10'000 Franken. Besonders stark gewachsen ist die Zahl der Beamten im Innendepartement unter Bundesrat Alain Berset. Seit 2012 ist sie um 24 Prozent gestiegen – das sind rund 500 Vollzeitstellen.

Fast alle Departemente haben in den letzten Jahren ihre Kommunikationsabteilungen massiv ausgebaut. Der Bund lässt es sich viel kosten, um ihre Vorsteher in einem möglichst guten Licht zu präsentieren. Auffallend: Besonders viele ehemalige Journalisten, vorwiegend von der SRG, wechseln als Mediensprecher zum Bund. Der Nutzen dieser «Spin doctors» ist immens: Sie wissen, wie Kritiker charmant abgewimmelt werden.

Die Bundesbeamten profitieren von attraktiven Zusatzleistungen. So bekommen Angestellte, die in Bern arbeiten, alleine dafür 5'300 Franken pro Jahr als «Ortszuschlag». Ein Hohn gegenüber allen unter massiven Einbussen leidenden und teils mühsamst um Entschädigungszahlungen kämpfenden Selbständigerwerbenden.

2015 legte das Parlament eine Obergrenze von maximal 35'000 Bundesstellen fest – um sie wenig später wieder aufzuheben. Es ist nicht neu, dass sich Verwaltungen laufend selber neue Aufgaben schaffen, die dann wieder von neuen Beamten kontrolliert werden müssen. Umso entscheidender ist es, diese Mechanismen mit klaren Vorgaben auszuhebeln.

Wenn wir wollen, dass die Schweiz nicht vollends zum Bürokraten- und Beamtenstaat verkommt, der der freien Wirtschaft immer noch mehr Kaufkraft entzieht, sind Hebel zu verankern, die den Staatsausbau per System verhindern. Zum Beispiel: Jährliche Beamtenabbau-Verpflichtungen für jedes Departement. Oder wie es oft gefordert, aber nie umgesetzt wurde: Für jedes neu geschaffene Gesetz wird ein altes gestrichen.

Anian Liebrand

**Schluss
Punkt** 